

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

12 (15.1.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Sonntags 15 S. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelle 20 S., auswärts 25 S. Reklamen 30 S. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Gerd & Cie., sämtliche in Karlsruhe. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Der unverhüllte Rechtsblock

Wie amtlich bekanntgegeben wird, haben die gestrigen informatorischen Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther mit den Fraktionsvertretern zu einer grundsätzlichen Klarheit über die Art der zu bildenden Regierung gemäß dem bereits bekannt gegebenen Plane Luthers (Vertrauensmänner und Nachminister) und über die Personenfrage geführt. Dagegen sind die Erörterungen innerhalb der Fraktionen über Form und Art, in der der Regierung die Zustimmung auszusprechen werden soll, noch nicht in allen Fraktionen abgeschlossen. Von der Erledigung dieser Fragen, die heute, Donnerstag, zu erwarten ist, hängt die Bildung der beabsichtigten Mehrheitsregierung ab. Bei dieser Sachlage hat Dr. Luther in später Abendstunde dem Reichspräsidenten berichtet, daß seine informatorische Aufgabe abgeschlossen und er bereit sei, die Bildung der Mehrheitsregierung zu übernehmen, sobald die erforderlichen Fraktionsbeschlüsse vorliegen.

Nach den Informationen der Blätter dürfte sich das neue Reichskabinett folgenbermaßen zusammensetzen:

- Reichskanzler: Dr. Luther,
- Außenminister: Dr. Stresemann (D. Vp.),
- Innerer: Schiele (D.N.),
- Finanzen: Sämisch (D. Vp.),
- Wirtschaft: Ministerialdirektor a. D. Neuhaus (D. Vp.),
- Arbeit: Brauns (Zentr.),
- Justiz und Befugte Gebiete: Oberlandesgerichtspräsident Schollen-Düffeldorf (Zentr.),
- Verkehr: Gehlert,
- Reichspost: Stinag (Bayer. Volksp.),
- Ernährung und Landwirtschaft: Graf Ranitz.

Für das Verkehrsministerium wird von den Blättern noch kein bestimmter Kandidat genannt.

Berlin, 15. Jan. (Eig. Fundbüro.) Herr Luther ist zwar immer noch nicht offiziell beauftragt, die von ihm in Aussicht genommene Regierung zu bilden; aber er glaubt, die Bildung der Mehrheitsregierung übernehmen zu können, sobald die erforderlichen Fraktionsbeschlüsse vorliegen. Sie betreffen, wie amtlich festgestellt wird, lediglich noch die Form und Art, in der der Regierung die Zustimmung auszusprechen werden soll. Luther hat dem Reichspräsidenten in der 10. Abendstunde des gestrigen Tages in dem vorstehenden Sinne berichtet und wie er amtlich mitteilen läßt, der deutschen demokratischen Fraktion nochmals die Beteiligung an der Regierung angeboten. Der Abgeordnete Dr. Koch hat dem Minister nach der amtlichen Übermittlung vorbehaltlich der Stellungnahme der Fraktion geantwortet, daß seine Fraktion, trotz einiger Bedenken bereit sei, eine abwartende Stellung einzunehmen.

Als parlamentarischer Vertrauensmann kommt für die Deutschnationalen der Abgeordnete Schiele für das Innenministerium in Frage. Stresemann als Vizepräsident bleibt im Außenministerium und Dr. Brauns gilt als Verbindungsmann des Zentrums. Die übrigen Ministerien sollen von „Nachministern“ übernommen werden, die aber ebenfalls politisch eingeschriebene Mitglieder der verschiedenen Parteien sind. Der als Wirtschaftsmittler genannte Ministerialdirektor a. D. Neuhaus, gehört z. B. der Deutschnationalen Partei an. Er ist der Mann, der 1918 den Abschied aus dem preussischen Staatsdienst nehmen mußte, weil er sich weigerte, den Eid auf die Republik zu leisten. Außer dem Innenministerium und dem Reichswirtschaftsministerium ist den Deutschnationalen auch noch das Verkehrsministerium vorbehalten worden. Rechnet man das Ernährungsministerium Graf Ranitz auch noch zu den Deutschnationalen Vertretern im Kabinett, dann ergeben sich insgesamt 4 deutschnationale Minister in der — wer laßt da — überparteilichen Regierung. Das Zentrum dürfte als ihm politisch nahestehend als Nachminister vorwiegend den Oberlandesgerichtspräsidenten Schollen-Düffeldorf in das Kabinett delegieren. Es ist vorläufig aber auch nicht ausgeschlossen, daß Eminger dieses Ministerium übernimmt. Das Finanzministerium bleibt der Volkspartei überlassen. Sie stellt das eingetragene Mitglied ihrer Partei, Dr. Sämisch, für dieses Amt zur Verfügung.

Reichspostminister wird das Mitglied der Preussischen Volkspartei, Ernst, der bereits früher im Kabinett Cuno dieses Amt verwaltet hat. Er ist, trotz seiner Zugehörigkeit zur bayerischen Volkspartei, ein wirklich harmloser und ehrlich gefonnener Mann.

Die Regierung Luther, deren Regierungsprogramm voraussichtlich erst am Montag im Reichstag verlesen wird, zeigt sich in der vorstehenden Zusammenfassung als ein ausgesprochenes Rechtskabinett, ohne tatsächliche Mehrheitsunterstützung. Mit Recht stellt die „Vossische Zeitung“ z. B. fest, daß von den 11 Mitgliedern der Regierung Luther sich nur drei zu Schwarz-Rot-Gold und acht zu Schwarz-Weiß-Rot bekennen, wobei wir noch bezweifeln möchten, ob es überhaupt drei Republikaner in der neuen Regierung gibt; denn den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns rechnen wir nicht als Vertreter der republikanischen Bevölkerung. Innerhalb dieser schwarz-weiß-roten Gemeinschaft haben wiederum die Deutschnationalen die maßgebende führende Stellung mit vier Ministern. Selbst wenn sie nur mit einem Minister vertreten wäre, würde das für die Sozialdemokratie genügen, der Regierung Luther die schärfste Opposition anzukündigen.

Die Demokraten wissen natürlich wieder nicht, ob sie Männchen oder Weibchen sind und was sie tun sollen. Die „Vossische Zeitung“ spricht zwar von einer „schärferen oppositionellen Haltung der Demokraten gegenüber dem Kabinett Luther“, aber Herr Koch scheint anders zu denken und es ist im Augenblick zweifelhaft, ob die demokratische Fraktion genügend Mut aufbringt, um ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum zu unterstützen. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß dieses Mißtrauensvotum von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht wird, sobald die schwarz-weiß-rote Regierung ihr Programm abgeben hat. Sie mag in ihrer Erklärung noch so viel schöne Nebensarten finden und Versicherungen abgeben, auf all das geben wir nichts, und dürfte wahrheitsgemäß auch das Ausland nichts geben. Denn eine Regierung, in der die Vertreter jener Partei maßgebenden Einfluß haben, die trotz fünfjähriger Opposition am 29. August sich die größte Lumperei zuschulden kommen ließen, die sich jemals eine Partei der Welt überhaupt geleistet hat, und die von jeher in stumpfsinniger Beantwortungslosigkeit gelebt haben, ist nicht einmal das Papier wert, auf dem sie dem Reichstag ihre Billigungsforderung vorlegen will.

Die Deutschnationalen sind sich übrigens nicht einmal einig, denn inzwischen hat die Fraktion fraktionslos zu wählen bei der Abstimmung über das „Willaunsvotum“ für die Regierung beschlossen. Für einen Teil der Deutschnationalen ist also nicht einmal die eigene Regierung eine Billigungswert, denn sonst wäre es nicht notwendig, fraktionslos zu beschließen. Aber auch dieser Zwang wird der Regierung Luther zu keiner großen Weisheit verhelfen, denn es wird im Zentrum sicherlich eine ganze Reihe Politiker geben, die nicht einmal bereit sind, dem Kabinett, dem ihr Parteifreund Brauns als Minister angehört, eine Billigung auszusprechen. Wie im übrigen das Zentrum über diese Regierung denkt, stellt heute nochmals die „Germânia“ mit folgenden Worten fest: „Schon heute läßt sich sagen, daß das Zentrum der neuen Regierung in völliger Freiheit gegenübersteht... Grundfähliche Opposition widerstrebt dem Charakter unserer Partei; aber die neue Regierung muß sich darüber klar sein, daß sie vom Zentrum lediglich nach ihren Taten beurteilt und bechandelt werden wird.“

Man mag schämt sich vor dem An- und Auslande des Gebildes, das jetzt als Reichskabinett auf die Beine gestellt wird, aber man will es nicht verhindern, weil im Augenblick eine Regierung auf anderer Grundlage nicht möglich ist.

Unsere Stellung zu dieser Regierung ist von vornherein gegeben. Es dreht sich für uns nicht mehr um die Frage, ob diese Regierung zu bekämpfen ist, sondern wie der Kampf am wirkungsvollsten zu führen ist.

Schwere Mißhandlung eines Abgeordneten von Kommunisten

Dezernat, 14. Jan. Heute mittags wurde vor dem Sitzungssaal des thüringischen Landtages der deutschnationale Abg. Otto Großtaubatz von drei kommunistischen Abgeordneten überfallen und so schwer mißhandelt, daß er mit einer blutenden Kopfwunde liegen blieb. Die Sitzung des Landtages wurde sofort abgebrochen.

Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten im Landtag

Berlin, 14. Jan. In Beginn der heutigen Sitzung des Preussischen Landtags gedachte Präsident Bartels der Opfer des Derner Eisenbahnunglücks, deren Angehörigen er die Teilnahme des Landtags ausdrückte. Der Präsident teilte dann unter Beileid des Hauses mit, daß die kommunistische Abg. Frau Golle (Ruth Fischer) auf ihr Landtagsmandat verzichte. Als erster Punkt der Tagesordnung standen die Haftentlassungsanträge für die kommunistischen Abg. Bendemann, Schulz-Breslau und Schubert zur Beratung. Gemäß dem Antrage der Geschäftsordnungskommission wurde die Haftentlassung ohne Debatte beschlossen.

Hierauf ergriff Ministerpräsident Brauns

das Wort zu seiner Erklärung. Gleich nach den ersten Worten verließen die meisten deutschnationalen Abgeordneten den Saal, während die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei sitzen blieben. Ministerpräsident Brauns erklärte, die Auffassung, daß das Staatsministerium nach jeder Landtagswahl zurücktreten müßte, beruhe auf einer falschen Auslegung des Artikels 45 der Verfassung. Es handele sich auch nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine eminent politische Frage. Man wolle durch Anwendung formal juristischer Argumente um die klare Ansprache über die politische Frage der großen Koalition herumkommen. Der Ministerpräsident ging auf die Ergebnisse der Tätigkeit der bisherigen Regierung der großen Koalition ein, wobei er von den Kommunisten und Nationalsozialisten wiederholt mit dem Rufe: „Barmat! Kautzer! Seehandlung!“ unterbrochen wurde. Der Ministerpräsident sagte u. a.: Wenn die Volkspartei jetzt die große Koalition bekämpfe, so sei das für das Kabinett kein Grund zum Rücktritt. Die Opposition gegen das Kabinett sei in der Hauptsache als Einleitung der Agitation zur Reichspräsidentenwahl zu betrachten. Das Kabinett stelle die Vertrauensfrage. Der Landtag müsse sich entscheiden, ob er die Politik des nationalsozialistischen Aufbaues wolle oder jene von rechts beeinflusste Bürgerpolitik, die nichts anderes sein werde und könne als eine Katastrophenvollstreckung.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen in der Mitte, mit Gefächter bei den Stängelparteiern aufgenommen. Während die deutschnationalen Abgeordneten wieder im Saale erschienen, beantragte der sozialdemokratische Abgeordnete Gesevinski die Vertagung der Aussprache auf Freitag; der kommunistische Abg. Wid vertritt dem Antrag. Bei der ersten Abstimmung, die zweifelhaft verlief, stimmten das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten für die Vertagung. In dem Sammelspruch wird der Antrag mit 206 gegen 199 Stimmen angenommen. Das Haus vertagt sich auf Freitag.

Das Unglück in Herne

Herne, 14. Jan. Zu dem gestrigen Eisenbahnunglück in Herne wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Aufklärungsarbeiten gestern nachmittag beendet waren, so daß der regelmäßige Verkehr wieder aufgenommen werden konnte. Der Zustand des in dem Herner Krankenhaus untergebrachten Schwerverletzten ist im allgemeinen der gleiche geblieben, jedoch ist bei Einzelnen eine Besserung zu verzeichnen. Man hofft sämtliche Schwerverletzten am Leben erhalten zu können. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt nach den vorliegenden Ergebnissen 27, die der Leichtverletzten 39.

Der Reichspräsident hat an den Präsidenten der Reichsbahn direktion in Gießen folgendes Telegramm geschickt. Ziel bemegt durch die Berichte über das schwere Eisenbahnunglück in Herne bitte ich Sie, den Familien der auf schreckliche Weise ums Leben gekommenen mein herzlichstes Beileid zu übermitteln und den zahlreichen Verletzten mit der Versicherung meiner Anteilnahme meine besten Wünsche zu ihrer baldigen Herstellung auszusprechen. Reichspräsident Ebert.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich

Paris, 14. Jan. Davos berichtet über die heutige Sitzung der deutschen und der französischen Handelsdelegation folgende Mitteilung: Die deutsche Handelsvertragsdelegation hat der französischen heute nachmittag ihre Gegenvorschläge unterbreitet, die nach der ersten Prüfung nicht unannehmbar erschienen. Die französische Delegation forderte 48 Stunden, um diese Vorschläge gründlich zu prüfen. Am Freitag wird eine neue Sitzung der beiden Delegationen stattfinden. Die französische und die deutsche Regierung seien übereingekommen, daß, solange die gegenwärtig im Gang befindlichen Besprechungen andauern, über das goldpolitische Regime, das für die beiden Länder anzuwenden sei, keine neuen Maßnahmen getroffen werden. Die französischen und die deutschen Zolltarife werden daher bis auf weiteres nicht geändert.

Hierzu erklärt der Vertreter des B.D., daß tatsächlich über die Frage der Nichtabänderung der gegenwärtig geltenden Tarife für eine kurze Frist abgehandelt wurde, aber unter der Voraussetzung, daß die Grundlage für den Abschluß des Handelsvertrags gefunden werden würde, da aber hierüber eine Einigung noch nicht erzielt wurde, kann natürlich über die Frage eines derartigen Waffenstillstandes nichts vereinbart worden sein.

Internationale soziale Konferenz

Frankfurt a. M., 14. Jan. Am 12. Januar fand hier die erste internationale sozialpolitische Konferenz auf deutschem Boden seit dem Kriege statt mit dem Ziel, die Faktion der drei interessierten Vereinigungen für Arbeiter, Bauern, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Arbeiterversicherung vorzubereiten. Berreitet waren folgende Länder: Deutschland, Österreich, Frankreich, England, Italien, Belgien, die Schweiz, Holland, Finnland und die Tschechoslowakei. Deutschland war vertreten durch die Vorstände der Gesellschaft für Sozialreform und der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Geheimrat Dr. Braun und Generalsekretär Prof. Seyde. Die Verhandlungen unter französischem Vorsitz verliefen in vollkom-

mener Harmonie und führten zu der Annahme der Statuten. Eine konstituierende Versammlung soll Ende September in Bern stattfinden.

Schwere Mißhandlung eines Abgeordneten von Kommunisten

Dezernat, 14. Jan. Heute mittags wurde vor dem Sitzungssaal des thüringischen Landtages der deutschnationale Abg. Otto Großtaubatz von drei kommunistischen Abgeordneten überfallen und so schwer mißhandelt, daß er mit einer blutenden Kopfwunde liegen blieb. Die Sitzung des Landtages wurde sofort abgebrochen.

Brauns muß entscheiden!

Der Sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat am verflochtenen Samstag einen äußerst wichtigen Beschluß gefaßt, der die Anwendung des § 7 aus der Arbeitszeitverordnung auf die gesamte Schwerindustrie vorzieht. Dieser Beschluß bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Wiederherstellung des Achtstundentages in dieser Industrie. Er wird aber noch von weiterer Bedeutung sein, da er seinen Einfluß sehr wahrscheinlich auch auf die kommenden Verhandlungen über ein neues Arbeitszeitgesetz ausüben dürfte.

Man kann es also schon verstehen, wenn sich das deutsche Unternehmertum, das sich monatelang bemühte, ein Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über die Wiedereinführung des Achtstundentages in der Schwerindustrie zu verzögern, mit allen Mitteln gegen diesen Beschluß und seine Auswirkungen wendet. Ob der Beschluß nun ausgeführt oder nicht ausgeführt wird, hängt auf Grund der Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 in der Hand des Reichsarbeitsministers, also bei dem Angehörigen der Zentrumspartei Dr. Brauns, der jahrzehntlang unter den christlichen Gewerkschaften gerade des Bezirkes, des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, für dessen Arbeiter dieser Beschluß von ungeheurer Tragweite sein wird, gewirkt hat. Man hat auch am Samstag, als die Entscheidung über diese wichtige Frage fiel, angenommen, daß Herr Brauns ohne weiteres Jögern den Beschluß durchzuführen würde. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Vielmehr hört man, daß im allgemeinen an den Stellen, wo die Entscheidung fällt, sogenannten wirtschaftlichen Argumenten ein allzu williges Ohr geliehen wird. So ist in den weitesten Kreisen der Arbeiterchaft die Befürchtung entstanden, daß sich die Wiedereinführung des Achtstundentages in der Schwerindustrie abermals als eine Illusion erweisen könnte.

Wir halten es für angebracht, gerade jetzt darauf hinzuweisen, daß der Beschluß im Sozialpolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates von einem Gremium gefaßt worden ist, das nicht nur die soziale Lage der Schwerarbeiterchaft berücksichtigt, sondern sich auch über die wirtschaftliche Tragweite des Beschlusses klar war. Auch wir müssen aus Rücksicht auf unsere Wirtschaft die Dringlichkeit und die Notwendigkeit der Wiedereinführung des Achtstundentages in der Schwerindustrie besonders betonen. Wir wissen, daß überall in den Ländern, mit denen Deutschland Handelsvertragsverhandlungen zu führen hat, eine heftige Agitation gegen die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung seines Handels betrieben wird und zwar von einem Unternehmertum, welches das Gespenst eines deutschen Dumpings an die Wand malt und zugleich unter Berufung auf die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland auch die sozialen Erzeugnisse der Arbeiter anderer Länder abhandeln möchte. Diese Agitation gründet sich eben darauf, daß der Achtstundentag in wichtigen Industrien Deutschlands, z. B. in der Textilindustrie und in der Schwerindustrie, nicht durchgeführt ist, und daß somit der deutschen Industrie die Möglichkeit eines Dumpings gegeben wird. Vielfach hat diese Agitation auch Erfolg gehabt. So sind z. B. die Verhandlungen mit Polen, wo es um die weisse und obobereschlesische Industrie und ihre gemeinsame Arbeit in Zukunft ging, sehr erschwert worden. Bekannt ist auch die Dumping-Propaganda, die das bänische Unternehmertum in Deutschland betreibt. Vielfach hat dieses Unternehmertum es fertig gebracht, durch seine Argumentation die Gewerkschaften der anderen Länder, die um ihren Achtstundentag fürchten, von ihrer oftmals maglos übertriebenen Argumentation zu überzeugen. So wird die Arbeiterchaft dieser Länder, die mit Deutschland in Frieden leben will und die in einer Prosperität aller Länder nur das eigene Wirtschaftswohlstand erblickt, gegen Deutschland mobil gemacht, obwohl es eigentlich in der gemeinsamen Front gegen den Wirtschaftsprötektionismus seinen Platz hat.

Heute sind z. B. die belgischen Gewerkschaften Anhänger der protektionistischen belgischen Zollforderungen, die auf eine Differenzierung der Waren der deutschen Textil-, Papier-, Keramik-, Eisen- und Maschinenindustrie hinauslaufen. Das Kunststück wurde eben fertiggebracht, weil die belgische Regierung den Gewerkschaften ihres Landes nachweisen konnte, daß die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland ohne Zweifel die größte Gefahr für die belgische Wirtschaft, die Lebenshaltung der belgischen Arbeiterchaft und besonders den belgischen Achtstundentag, der so dort Gesetz ist, bedeutet. Wir sind davon überzeugt, daß ein wesentlicher Teil der Komplikationen in den Handelsvertragsverhandlungen, die politische Gefahren bergen, dann aber auch Gefahren für unseren ganzen Export und für unsere ganze Wirtschaftszukunft, auf die Behandlung zurückzuführen ist, die das Achtstundentagsproblem eben in Deutschland durch ein einseitiges Unternehmertum und eine von ihm beeinflusste Regierung erfahren hat. Es ist anzunehmen, daß aus diesen Gefahren für die deutsche Wirtschaft mehr Schädigungen folgen können, als ein wirtschaftsunfinnig verlängerter Arbeitstag, selbst wenn die bekannten Behauptungen der Unternehmer zutreffen sollten, einbringen könnte.

Aus dieser Sachlage ergibt sich die unabdingbare Notwendigkeit, durch eine Regelung der Arbeitszeitfrage in Deutschland den Weg für die Angleichung seiner Wirtschaftsbilanz frei zu machen. Das ganze Problem hat sich tatsächlich zugespitzt in der Entscheidung: Achtstundentag oder weitere Ausnahmestellung auf dem Weltmarkt. Dieses Problem aber muß dahin ausgelegt werden, daß eine verlängerte Arbeitszeit der deutschen Wirtschaft wirklich nicht zugute kommt, während unsere Gleichberechtigung auf dem Weltmarkt die Angleichung des deutschen Exports an den Bedarf der Wirtschaft bedeutet.

Wir hoffen, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in kürzester Zeit die Entscheidung in diesem Sinne fällen wird. Gerade die Wiedereinführung des Achtstundentages in der deutschen Schwerindustrie, besonders in der Eisenindustrie, würde den Verantwortern einer protektionistischen Zollpolitik, besonders in Belgien und Frankreich, wertvolle Waffen aus der Hand schlagen und die Situation für Deutschland äußerst günstig gestalten. So gibt der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nicht nur den deutschen Schwerarbeitern durch seine Entscheidung eine Antwort, sondern auch der deutschen Wirtschaftszukunft.

Zum Fall Barmat

Erklärung des Sozialdemokratischen Parteivorstandes vom Parteivorstand wird mitgeteilt:

Der Parteivorstand hat sich, wie bereits kurz berichtet, in seiner Sitzung vom 12. Januar mit den Anschuldigungen, die im Zusammenhang mit dem Fall Barmat erhoben werden, beschäftigt.

Einzelne deutsche Parteigenossen lernten Julius Barmat Ende April 1919 anlässlich einer Sitzung der Internationalen in Amsterdam kennen. Den Parteigenossen, die mit ihm persönlich verkehrt haben, wurde nichts bekannt, was der geschäftlichen oder persönlichen Ehre Barmats abträglich gewesen wäre. Noch im Jahre 1922 traten führende Mitglieder der Deutschnationalen, die Barmat als „Schieber“ bezeichnet hatten, den Rückzug an, als ihnen mit Klage gedroht wurde.

Was die behauptete geschäftliche Verbindung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Barmat angeht, stellt der Parteivorstand fest, daß eine Verbindung zwischen der Partei und den Geschäften der Barmats niemals bestanden hat, insbesondere ist es unrichtig, daß die Partei jemals an Lebensmittelmitteln teilgehabt oder gar aus ihnen Vorteil gezogen hat. In der Öffentlichkeit sind ferner in diesem Zusammenhang eine Anzahl bekannte Parteigenossen genannt worden. Der Parteivorstand hat sich mit diesen Vorwürfen befaßt und festgestellt, daß in keinem Falle ein Beweis dafür erbracht ist, daß Parteigenossen ihren politischen Einfluß zur Erlangung persönlicher Vorteile benutzt haben.

Der Parteivorstand stimmt mit der Fraktion darin überein, daß durch die gerichtliche und parlamentarische Untersuchung volle Klarheit über alle Korruptionsanschuldigungen geschaffen werden muß.

Reichspräsident u. Landgerichtsdirektor

„Der Sattlergeisse muß dort oben verschwinden“

Die Demokraten haben im Preussischen Landtag folgende Anfrage eingebracht:

Nach einmündiger Erklärung durch hochachtbare, angelegene Persönlichkeiten hat der als Gerichtsvorsitzender im Verleumdungsprozeß des Herrn Reichspräsidenten bekannt gewordene Landgerichtsdirektor Weverdorff in Magdeburg, als er noch in Notibus tätig war, wiederholt Äußerungen fallen lassen, wie „der einzig mögliche Reichspräsident ist Ludendorff“, und mit deutlichem Hinweis auf den gegenwärtigen Herrn Reichspräsidenten, in dessen Verleumdungsprozeß er der Gerichtsvorsitzende war: „Der Sattlergeisse muß dort oben verschwinden“.

Ist es Tatsache, daß diese und ähnliche Äußerungen des Weverdorff beim Reichsjustizministerium kurz vor seiner Beförderung zum Landgerichtsdirektor mitgeteilt wurden?

Apanage und Rachitis

Im Anschluß an den Schiedsspruch in der Apanage-Prozessen von Mitgliedern des früheren großherzoglich medienburgischen Hauses gegen den Freistaat Mecklenburg-Schwerin erhebt ein niederländisches Blatt die Frage, welche Summe der Freistaat Mecklenburg-Schwerin für Tuberkulose und Rachitis-Bekämpfung ausbleibt. In diesen Ausführungen heißt es: Beide Krankheiten grassieren überall infolge der Nachwirkungen des Krieges, des Strohbaues der deutschen Wiedergeburt, wie Herr Ludendorff, der Ex-Kronprinz und andere Angehörige des Nationalismus das fürchterliche Mißverhältnis zwischen, in Deutschland in nie dagewesener Umlänge. Nach den Angaben Professor Gnaeus in Dortmund, dessen Veröffentlichungen über die Rachitis im Tuberkulosegebiet im ganzen Auslande größtes Interesse erregt haben, sind 100 Prozent sämtlicher Prekariatkinder im Ruhrgebiet mit Rachitis befallen. 10 Prozent dieser unglücklichen Geschöpfe werden ihr Leben lang unter zähesten Entartungserscheinungen zu leiden haben. Nach Mitteilung von maßgebender ärztlicher Seite hat die Tuberkulose gerade in Deutschland, speziell im Ruhrgebiet, erschreckende Fortschritte in den Infektionsjahren, in denen es der Landwirtschaft und der Großindustrie so gut wie niemals ging, gemacht. Diese Tatsache ist von der deutschen Regierung verschiedentlich bei politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Entente-regierungen unterstrichen worden. Es ist aber nicht bekannt geworden, daß von den Regierungen und selbst nicht einmal — o scheinbare Tatsache — in den Parlamenten wirksames gegen diese erschreckende Untergrabung der Volksgesundheit unternommen worden ist. Statt die erforderlichen Summen zur Bekämpfung von Rachitis und Tuberkulose, deren Opfer erst im Zeitraum von 15 bis 20 Jahren in vollem Umfang sichtbar werden, zur Verfügung zu stellen, werden Kapitalsummen von hunderten Millionen für die gekrümmten Drogen, die sich zum größten Teil im Auslande aufhalten, ausgegeben. Wiederholt hat die ausländische Presse in gehässigen Ausführungen die Frage aufgeworfen, warum in der deutschen Presse, die so oft an die Öffentlichkeit appelliert hat, nicht auf das schändliche Mißverhältnis zwischen den zur Bekämpfung an die Drogen aus fälligen Geldern und für die öffentliche Gesundheitspflege ausgegebenen Summen zu Lasten der deutschen Steuerzahler hingewiesen wird.

Schwarz-weiß-rote Juden

Ein jüdischer Sozialist schreibt uns: In der gestrigen Nummer veröffentlicht der „Volkstempel“ eine Notiz unter obigen Titel, in welchem mit Recht auf die Charakterlosigkeit der Repräsentanten der jüdischen Gemeinde in München hingewiesen wird, die zur Euthanasie des Denkmals für die 175 gefallenen Münchener Juden, die Veranlassung für die reaktionäre eingetretene Verwirrung des Kronprinzgenossen hatten, während von einer Einladung an das Reichsbanner Schwarz-rot-Gold abgesehen wurde. Der „Volkstempel“ hat Recht, wenn er behauptet, daß die Herren aufeinander die noch nicht lange zurückliegenden Hilferufe berufen haben. Auf der anderen Seite aber dürfen die Sozialisten nicht vergeßen, daß das jüdische Volk ebenso wie jede andere Nation reaktionäre Monarchisten besitzt.

Ich bin überzeugt, daß wenn die Deutschnationalen ihr antisemitisches Programm aufgeben würden, viele Juden Anhänger des völkischen Nationalismus wären. Der beste Beweis hierfür ist der Verband national-deutscher Juden in einer Zeit, in der nationalistische Parteien das Judentum aufs äußerste bekämpfen. Die jüdische Bourgeoisie ist wie die Bourgeoisie aller anderen Völker ebenso stark interessiert daran, den Gana des jüdisch-fortschrittlichen anzuhalten. Die jüdischen Arbeiter dagegen gehen

voll und ganz einig mit dem revolutionären Proletariat aller Länder. Wir jüdischen Sozialisten haben das Jahr 1905 der russischen Revolution noch nicht vergeßen, als jüdische Kapitalisten jüdische Revolutionäre denunzierten. Die jüdische Arbeiterklasse steht überall im Kampf gegen die eigene Reaktion.

Die Münchener schwarz-weiß-rote Juden sind für uns nichts Neues. Wir kennen sie von dem Moment an, wo der Sozialismus in die jüdischen Arbeitergassen hineinkam. Mit Recht behauptet der „Volkstempel“, daß der Sozialismus nicht den Antisemitismus bekämpft, um die jüdische Reaktion zu schüren, sondern weil das Prinzip gilt: Freiheit für alle Menschen. Wir Juden sind nicht Auserwählte, sind Menschen wie alle anderen. Rote und schwarz-weiß-rote Juden sind zwei entgegengesetzte Ketten. J. S. O.

Der Fabrikant des schwarz-weiß-roten Begeisterungsrummels

Aus Halle wird geschrieben: Bekanntlich gehört bei Festlichkeiten der Vaterländischen Verbände das Verlingen ungeheurer Alkoholmengen zur patriotischen Belästigung. Ein betriebstamer Schnapsfabrikant in Halle namens Aufste hatte in geschilderter Erkenntnis dieser Tatsache einen Begeisterungsrummel hergestellt, den er „Stahlhelm-Tropfen“ und „Stahlhelm-Geist“ benannte und der auf den vaterländischen Festen reichenden Absatz fand. Diese Stahlhelmtropfen sind in diesen Tagen den Stahlhelmläuten sehr teuer zu stehen gekommen. Wie wir erfahren, ist der durch die Verstellung dieses Schnapses räumlich bekannte Schnapsfabrikant wegen Steuerhinterziehung und Beihilfe an unzulässigen Briefschreibungen verhaftet worden. In diese schmutzige Angelegenheit ist die hiesige Direktion der Staatsbank, die für diesen völkisch-nationalen Offiziers-Bürgerschatz geleistet hatte, hineingezogen worden und im Reckelwege dem Finanzamt zur Zahlung größerer hinterzogener Steuerbeträge gezwungen worden. Man spricht bisher von einem Verlust von etwa 140 000 M. Gleichzeitig erhielt sich in Mitteldeutschland hartnäckig das Gerücht, daß seit einiger Zeit bei der hiesigen Direktion der Darmstädter Bank etwas nicht stimme. Alle Versuche, den Direktor dieser Bank, den bekannten nationalen Herrn Reichle, persönlich oder telefonisch zu erreichen, schlugen fehl. Seit einigen Tagen erhält man die Auskunft, daß dieser Herr aus „Gesundheitsrücksichten“ sich in ein Sanatorium zurückgezogen habe. Die Öffentlichkeit behauptet jedoch unbestritten, daß auch Herr Reichle in diese Angelegenheit hineingezogen worden sei. Er hat die Darmstädter Bank mit einem größeren Betrage an den durch den Schnapsfabrikanten entstandenen Verlusten beteiligt. Sein Aufenthalt ist unbekannt, da er es verstanden hat, sich im letzten Augenblick vor dem Zugriff der Behörden zu sichern.

Deutsche Reparationsleistungen

Berlin, 12. Jan. Nach einer vom Büro des Generalagenten für die Reparationsabnahmen veröffentlichten Uebersicht hat er im Dezember für Rechnung der reparationsberechtigten Länder bzw. für die verbleibenden interalliierten Kommissionen und 58,59 Millionen Goldmark gezahlt. Von diesem Betrag erkalten u. a. auf England 6,57 Millionen, Frankreich 21,8, Italien 4,63, Belgien 6,49 Millionen. Japan, Jugoslawien, Portugal, Rumänien und Griechenland erhielten im Dezember samt Sachleistungen die Werte von rund 5,83 Millionen. Die Zahlungen für die Aufwendungen der Reparations-, Abrechnungs-, Militärkontroll- und Marinekontrollkommissionen betragen rund 5,77 Millionen. Für den Dienst der Auslandsanleihe sind im Dezember 7,24 Millionen verbucht. Nach derselben Statistik bezahle der Generalagent seit Anfang Dezember, d. h. seit Eröffnung seines Büros, insgesamt 280,29 Millionen Goldmark, wovon auf England rund 65,86, Frankreich 113,65, Italien 23,52 und Belgien 29,55 Millionen entfallen. Die Gesamtzahlungen an Japan, Jugoslawien, Portugal, Rumänien und Griechenland erweisen die Höhe von 14,97 Millionen. Die Zahlungen für die interalliierten Kommissionen 17,47 Millionen. Als Zahlungen aus dem Reparationsentschädigungssatz sind gebucht für England im Dezember 4,19 Millionen, für die letzten vier Monate 51,47 Millionen, für Frankreich im Dezember 178 955 Goldmark, insgesamt 1 922 284 Goldmark, als Zahlungen an die französisch-belgische Okkupationsarmee rund 20 Millionen und für Requisitionen Schadenersatzleistungen und Lieferungen aus dem Rheinlandsabkommen 39,4 Millionen. Die Kohlenlieferungen an Frankreich, Italien und Belgien erreichen einen Wert von 33,9 Millionen. Die Kosten für den Transport sind mit 28,6 und schließlich die Lieferungen an Rohstoffe, pharmazeutischen Produkten und künstlichem Dünger an Frankreich, England, Italien und Belgien 15,6 Millionen Goldmark gebucht.

Die Kommunisten sich selbst ans Messer liefern

Die Tragikomödie des Hg. Höllein In einem kleinen Dorfe des georgienischen Mecklenburg ist ein Quasipächter, der den Eindruck eines biederen Landmannes macht. Vor der Revolution und noch einige Zeit nachher hielt er getreulich zu den Stützen von Thron und Altar. Eines Tages entdeckte er sein revolutionäres Herz. Just in dem Augenblick, wo er seinen Plan, sich durch Kauf oder Wahrung selbständig zu machen, zu verwirklichen hoffte. Der Beamte nämlich, der im Ministerium seine Angelegenheiten zu bearbeiten hatte, war Sozialdemokrat. Infolge dieser Partei sich den modernen Landmann, dessen wirklichen Charakter sie sofort erkannte, links liegen. Da erschien eines Tages in dem Wohnorte des Herrn eine große kommunistische Kanone, der Abgeordnete Höllein. Das war des Quasipächters Mann. Er ging in die Verkleidung und erklärte Höllein, er sei ein erigtes Mitglied der SPD. Darauf lud er seinen Abgeordneten in den Hofhof ein. Höllein schlug freudig in die biedere Rechte des Landmannes und bei einem ausgiebigen Mahl und etlichen guten Tropfen eben Raikes verbrachte man die Nacht. „Weiß das Herz voll ist, daß geht der Mund über“, Herr Höllein wurde immer munter und entwirrte, feste dem eben erst zu seinem Freund gewordenen Quasipächter die Pläne seiner kommunistischen Weltrevolution. Schließlich verpropag er dem Quasipächter in dem kommunistischen Deutschland den Posten eines Ernährungsministers, mindestens aber eines Ernährungskommissars in Mecklenburg. Es gefiel Herrn Höllein so gut, daß er sich gleich einige Tage bei seinem neuen Freunde einquartierte und sich tüchtig traktieren ließ. Darum hinderte ihn nicht der Umstand, daß an der Tafel auch ein Deutschnationaler teilnahm. Infolge der Offenherzigkeit Hölleins eilte der Quasipächter als neuer SPD-Mann nach Berlin und suchte Freund Höllein auf, um dort die Weltrevolutionsspläne weiter zu besprechen. Als Höllein dem Quasipächter genügend Material geliefert hatte, entpuppte sich dieser als ein Verräter an der heiligen Sache des Kommunismus. Er lieferte dem Oberreichsanwalt Material gegen Höllein und nun wurde Höllein verhaftet. Man erinnere sich, wie die ganze kommunistische Presse

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Vinnankoski

Nachdruck verboten.

Jetzt blühte es auch in den Augen der Schwester, denn in den Worten des Bruders war ein Punkt, der für sie ebenso empfindlich war wie für ihn.

„Und dann?“ drängte sie.
„Dann habe ich Maria und Lumifangas genommen, obwohl Maria fast zehn Jahre älter war. Nun, ein guter Mensch sonst, wie du weißt, eine richtige Arbeitswilige. Und dann habe ich angefangen, es ihnen zu zeigen. Du weißt ja wohl noch, wie ich Lumifangas gekauft und ein Bauerntgut daraus gemacht habe. Aber das war auch eine Arbeit, Karolina. Der Brautweinfestel brodelte fast Tag und Nacht, ich selbst fuhr den Schnaps zum Verkauf nach Abo und Björneborg, und in den langen Winter Nächten wurden im Kienholzlicht im Walde Pflanzen geerntet, daß es quiekte — in den Jahren habe ich nicht sehr viele Nächte neben Maria gelegen. Und als ich dann den Peritu-Hof kaufte, weißt du, was ich da bei mir dachte? Nun, du Einzige in Antilla und ihr anderen, dachte ich, was sagt ihr jetzt zu dem Balg und dem Knecht? Und als ich Besitzer von Ute la wurde. Nun, du Einzige in Antilla und ihr anderen, dachte ich — wäre euch nun der Balg und der Knecht allmählich gut genug?“

Die Schwester hatte ihren Bruder immer für etwas Besonderes gehalten, jetzt mußte sie nicht, was sie denken sollte.
„Ja, du bist doch einer, Juhä!“ sagte sie, ihrem Bruder bewundernd ins Gesicht schauend. „Und jetzt hast du ihnen für den Balg so viel gegeben, daß sie genug haben.“

„Nicht!“ fuhr Ute la mit einem solchen Beben in der Stimme auf, daß die Schwester beinahe zusammensackte. „Ich habe ihnen noch etwas zu zeigen!“
Er wandte sich plötzlich um und trat ans Fenster — wie wenn er mit unsichtbaren Mächten gerungen und das vor ihr hätte verbergen wollen. Dann kam er wieder herbei und sagte fast flüsternd:

„Warum soll ich dir nicht anvertrauen...? Als ich damals notgedrungen auf meine Pläne verzichtete, mußte ich beschließen, wenn ich einmal Witwer würde — du erinnerst dich ja, daß Maria zehn Jahre älter als ich war — dann wollte ich ihnen noch zeigen, wer sich eine Bauerntochter nahm und eine junge dazu. Und jetzt nehme ich sie mit Jinen — damit sie noch mal an den Balg und den Knecht denken!“

Er sprach die letzten Worte mit solcher Festigkeit, daß die Schwester nicht gleich erwidern konnte. Sie wunderte sich nur darüber, wie ihr gewöhnlich so ruhiger Bruder jetzt gleichsam ein ganz anderer war.
„Wen willst du denn eigentlich nehmen?“ fragte sie endlich.

„Rat mal!“ forderte er sie auf, und die Spannung in seinen Zügen mündete sich zu einem Lächeln.
„Wie soll ich das raten können?“

„Nun — die Manta Kestitalo! Nun weißt du es.“
Die Schwester sah ihn an und wunderte sich.
„Was ist denn dabei?“ schmunzelte Ute la.
„Nichts, gar nicht“, entgegnete die Schwester zerstreut. „Ich muß nur an den Altersunterschied denken... Die Manta ist ja wohl noch nicht einmal fünf und zwanzig?“

„Zwei weniger!“ lächelte Ute la wie zum Spott.
„Ist sie denn aber nicht doch etwas zu jung? Wird denn das eigentlich...?“

„Was?“ erwiderte sich Ute la, und in seinen Augen blühte es wieder. „Gerade die nehme ich, und keine, die auch nur ein Jahr älter ist — und wenn alles...“
Die Schwester stand entsetzt da.
„In kräftigem Boden wachsen die Nesseln...“ sprach sie wie zu sich.

„So ist! Ich habe gleich zwei Jahre in dieser Greisenhütte geleistet und gegrübelt wie ein Altenteiler. Nun muß damit ein Ende gemacht werden. Ich will wieder die Zügel in der Hand haben — und mit eigenen Händen fahren!“

„Ja, ja“, erwiderte die Schwester zerstreut. „Ich habe den Kaffee dort ganz vergessen.“
Sie erhob sich und stellte eilig Tassen auf den Tisch. Ute la aber ging mit langen Schritten von einer Ecke zur anderen durch die Stube.

„Laß du dich nicht anfechten, Karolina“, sagte er nach einer Weile überhaßigt blinzeln. „Die Bälge müssen ja doch zusammenhalten.“
„Ich will ja nichts... du weißt ja selbst...“, versicherte sie, wie um Verzweiflung bittend.

Die Geschwister ließen sich am Tisch nieder und begannen schweigend ihren Kaffee zu trinken.
Sie bemerkten kaum, daß die Tür aufging und in der Deffnung ein mageres, schmales Gesicht mit einem verächtlich überzogenen Lächeln aus den dünnen Lippen ersah.

„Aha, man ist zu Hause!“ begann der Eintretende. „Ich mußte mal hereingucken, weil ich gerade vorbeikam.“
Die Geschwister wechselten einen vielsagenden Blick, und Ute la wuschelte sich mit der Hand über die Stirn, wie um die letzten Spuren seiner Bewegung von seinem Gesicht zu verstreuen.

„Da kommst du gerade recht, Nachbar“, sprach er mit lächelndem Munde, indem er aufstand und die Hand hinstreckte.
„Über nicht eigentlich gerade zu so etwas“, lächelte der Antömmeling, den Hut in der einen Hand und mit der anderen das Haar glättend.
„Machen Sie sich denn nichts aus Kaffee?“ wunderte sich die Schwester.

„Die Brutt!“ hütelte Kestitalo kurz und trocken. „Ich magte mir schon etwas daraus, aber wo es diese nicht tut, was soll man da machen?“ fuhr er wie sich selbst verspottend fort.

„Seh dich immerhin!“ forderte Ute la auf, immer noch lächelnd und mit trahlenden Augen. „Ich habe da eben meiner Schwester erzählt, mit was für Plänen wir umgehen. Aber sie will mich absolut für zu alt taxieren.“

„Für zu alt?“ Kestitalos große vorstehende Augen weiteten sich sehr erstaunt. Aber sie blieben in derselben Stellung, als er Ute la genauer ins Gesicht blühte.
„Was sie sagen!“ rief er aus. „Du hast dir ja auch den Bart abgenommen und siehst jetzt wenigstens zehn Jahre jünger aus als ich, obgleich ich in bezug auf das Alter wohl eben soviel jünger sein dürfte als du. Muß ich denn etwa auch zum Messer greifen?“

„Laß du nur sein“, schmunzelte Ute la. „Da ich ja doch der Schwiegerjohn werde und du der Schwiegervater wirst — damit wenigstens ein Unterschied zwischen uns ist.“

„Nun, dann geht es nicht.“
„Sie fingen alle zu lachen an.“
„Ja, Karolina“, sprach Kestitalo, zu der Schwester gewandt. „Wir beiden, Ute la und ich, denken auf unsere alten Tage noch etwas anzuklicken. Ich bin von jeher ein wenig fränklich gewesen, und meine Jungen verstehen noch nichts von der Gutswirtschaft, aber wo ich so einen Schwiegerjohn zur Hilfe bekomme!“ Er plierte mit den Augen, als wolle er die Fäden seiner innersten Gedanken vor den anderen verdecken. — „Was meint denn Karolina dazu?“

„Freilich, freilich... ich mein es ja nur im Scherz. — Soll denn Juhä dann dort einheiraten?“
„So haben wir gedacht“, zwinkerte Kestitalo.
Ute la lächelte sein lücheln.
„Ich werde doch die Gutstochter nicht in so eine Hütte legen. Und ich möchte auch wieder etwas schaffen.“

„Recht so!“ bemerkte Kestitalo. „Was meinst du, Nachbar — sollen wir jetzt nicht endgültig abmachen?“
„Was sagt denn aber Manta selbst — zu einem so alten Mann?“ fiel die Schwester halb im Scherz, halb im Ernst ein.

„Manta ist lieb!“ lächelte Kestitalo. „Sie soll Gott danken, daß sie einen solchen Mann bekommt! Und im übrigen“ — er zwinkerte Ute la zu — „schweige das Weib in der Gemeinde. — Sie kennen ja wohl den Spruch, Karolina?“

„Karolina hätte gern etwas gesagt, da sie auch ein Weibsmensch war, aber sie lächelte nur, weil die anderen lächelten.“
„Dann ist's also abgemacht“, schmunzelte Ute la. „Ich komme nächstens Sonnabend mit den Brautgaben.“
„Und dann ist alles klar!“ sagte Kestitalo, wieder mit den Augen plierend. „Und so sitzen wir noch vor Pfingsten alle im Schatten unseres Weinstockes und unseres Feigenbaums.“

Sie lachten. — Kestitalos Bibelprüche trafen immer den rechten Fleck, das war allbekannt.
(Fortsetzung folgt.)

Das „trockene“ Amerika

Ueber die Wirkungen des seit dem 16. Januar 1920 in den Vereinigten Staaten bestehenden Alkoholverbotes werden in der deutschen Presse die widersprechendsten Nachrichten verbreitet. Insbesondere bemühen sich die Freunde des Alkoholverbotes um den Nachweis, daß das Alkoholverbot ein Schlag ins Wasser gewesen sei und sich günstige Folgen bisher weder auf sozialem noch auf gesundheitlichem Gebiete gezeigt hätten. In einer kürzlich erschienenen Schrift „Das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten von Amerika und seine Folgen“ (Berlin 1924, Verlag G. A. Scherf, 10. Aufl.) stellt der Oberregierungsrat im Reichsgesundheitsamt, Dr. Hans Boguski, wertvolles Material zur Beurteilung dieser Frage zur Verfügung. Es ist auf amfängliche Wege in den Jahren 1922/23 von den konsularischen Vertretern Deutschlands in den Vereinigten Staaten beschafft worden.

Widerstandslos hat sich die Zusammenstellung über die Wirkungen des Alkoholverbotes ergreifen bisher noch nicht. Es gibt aber schon eine Reihe von Feststellungen, die man als zureichend ansehen kann; sie haben in den amerikanischen Kongreßberichten unabweisbare Aufnahme gefunden und auch die amtlichen Äußerungen greifen auf sie zurück. Was die gesundheitlichen Folgen des Alkoholverbotes angeht, so hat der durch das Verbotseck veranlaßte zwangsweise Schluß der Kneipen, Brauereien und Brennereien und die dadurch namentlich für die Winderbeimittelten bedingte Einschränkung des Bezugs von Alkohol die Zahl der gesundheitlichen Erkrankungen anscheinend recht erheblich vermindert. So ist die Zahl der Alkoholiker in den für sie bestimmten beiden großen Krankenhäusern in New York beträchtlich zurückgegangen. Im Bellevue-Hospital in Manhattan sank ihre Zahl von 6899 im Jahre 1914 auf 1857 im Jahre 1921; im Kings County Hospital zu Buffalo war der Rückgang im Jahre 1921. Im St. Elizabeths-Hospital zu Washington war der Rückgang an Alkoholikern so erheblich, daß eine große Zahl der früher für diese Kranken bestimmten Betten ständig der Tuberkulosebehandlung überlassen werden konnte. Die Staatsbehörde für Trinker in Minnesota und Connecticut konnten, da die Zahl der Alkoholikern beträchtlich zurückging, für Zwecke der Krankenbehandlung Verwendung finden. Der Vorsteher von 45 Anstalten, die der Trinkerbehandlung dienen, W. G. Seal, erklärte, daß seine über die ganze Union verbreiteten Anstalten in den 12 Jahren vor dem Alkoholverbot mehr als 125 000 Personen behandelt, die gewöhnlich durchschnittlich 25 bis 30 im Monat. Heute sind in den noch im Betrieb befindlichen Anstalten 2 bis 3 Patienten im Monat in Behandlung. Auch die Zahl der alkoholischen Geisteskranken und der Alkoholobesfälle ist ganz erstaunlich zurückgegangen. Schließlich sei noch bemerkt, daß seit dem Erlaß des Alkoholverbotes in sehr vielen Städten eine beträchtliche Zunahme des Mißbrauchs zu beobachten ist. So wurden nach Statistiken der New Yorker Gesundheitsbehörde in dieser Stadt im Jahre 1917 0,29 Quart (1 Quart = 1,14 Liter) im Jahre 1923 dagegen 0,40 Quart täglich auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht.

Vom den Gegnern des Verbotes wird behauptet, daß solche Leute, die früher über leichteren Weinen den Vorzug gegeben hatten, jetzt Schnaps oder andere minderwertige von Unreinheiten hergestellte Getränke genießen. Für diese Behauptung läßt sich keinerlei statistisches Material erbringen. Wichtig ist, daß der Schmutz von Alkohol trotz des Heberwuchens der Getränke der Behörden noch sehr stark ist und viele möglicherweise Amerikaner vor dem Inkrafttreten des Verbotes große Vorräte

an alkoholischen Getränken aufgehäuft hatten. Demgegenüber gibt es aber ganz bestimmte Feststellungen, nach denen die Erzeugung und der Verbrauch von Alkohol sehr stark zurückgegangen ist. Der Engländer Newsholme hat ermittelt, daß in der Union im Jahre 1915 59 808 210 Gallonen (1 Gallone = 4 1/2 Liter), im Jahre 1920 dagegen nur 9 231 280 Gallonen Bier gebraut wurden; ähnliche Zahlen liegen für Branntwein und Wein vor. Ferner darf nicht vergessen werden, daß die ärmlichen Bevölkerungsklassen in den Vereinigten Staaten nicht mehr in der Lage sind, den im Preise gestiegenen Alkohol zu kaufen. Mehrere der in Amerika tätigen jüdischen Konjunktur stellen denn auch fest, daß das Verbot zweifellos dazu geführt habe, den Verkauf alkoholischer Getränke bedeutend einzuschränken. Nützlich dürfte es sein, daß die heimische Herstellung minderwertiger Getränke zugenommen hat; warum sollen es sich geschäftstüchtige Mitnehmer in Amerika erlauben, aus dem Alkoholverbot zu profitieren? Der Verbrauch von Veräußerungs- und Betäubungsmitteln hat wahrscheinlich zugenommen; aber die gleiche Beobachtung macht man auch in anderen Ländern, die kein Alkoholverbot haben. Wir erinnern an Deutschland, wo nach Aussage der Sozialhygieniker und der Kriminalisten der Genuß von Kokain und ähnlichen Betäubungsmitteln leider beträchtlichen Umfang angenommen hat.

Wie waren nun die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Alkoholverbotes? Eine deutsche antijüdische Stelle in Amerika äußert in ihrem Bericht: „Daß die Prohibition zur Arbeitslosigkeit, im ganzen genommen, wesentlich beigetragen habe, dürfte selbst von den ausgesprochenen Gegnern des Gesetzes nicht behauptet werden können.“ Namentlich würden sich Handwerkskammern und Gewerkschaften, die auch Beispiele dafür bringen, daß in nicht wenigen früheren Brauereien und Brennereien gar zu viele Personen beschäftigt werden, als früher. Ein solches Beispiel hat Professor Dr. G. A. P. am 2. Februar 1922 in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ angeführt: „Mit dem Eintritt des Alkoholverbotes wurden 13 größere Brennereien in Georgia von einer Rohmaterialgesellschaft übernommen und unter Aufwendung eines Installationskapitals von 2 Mill. Dollars für andere gewerbliche Zwecke — Herstellung von Rohmaterialien für Maschinen und Tiere — umgewandelt. Während vorher in diesen Brennereien 100 Menschen beschäftigt wurden, finden jetzt in dem gleichen Raum 4000 Menschen ihre Arbeit und deren Lohn ist höher, wie der der früheren Brennerei.“ Schließlich sei noch einer in dem Kongreßbericht vom 15. November 1921 erwähnten Umfrage gedacht, die eine amerikanische Zeitschrift im März an die amerikanischen Arbeiterführer richtete und in der um Auskunft darüber gebeten wurde, ob das Verbot von Ungeheuren oder Schäden für die Arbeiter und deren Familien gewesen sei. Die weit überwiegende Anzahl der Befragten (345 von 326) hätte sich wahrscheinlich nicht so außerordentlich günstig über das Alkoholverbot ausgesprochen, wenn Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfange eine seiner Folgen gewesen wäre.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die günstigen Wirkungen der Alkoholveräußerung ihre etwaigen schädlichen Folgen weit überwiegen. Die schädlichen Folgen werden mit der längeren Dauer des Alkoholverbotes von selbst vermindert. Die Arbeiterklasse der anderen Länder, insbesondere des neuzaristischen Deutschlands, hat alle Ursache, die alkoholische Bewegung zu unterstützen und die Antialkoholische Bewegung zu fördern. Das liegt nicht nur im Interesse der Gesamtbevölkerung, noch viel mehr im besonderen Interesse der Arbeiterklasse selbst. Sie darf ihre geistigen und körperlichen Kräfte in keiner Weise schwächen, wenn sie ihre hohen Aufgaben erfüllen will.

Theater und Musik

Landesdirektor. Herr Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner von Nürnberg der ob der sein hiesige Stellung als oberster musikalischer Leiter antritt, wird am Sonntag, 18. Januar hier eine Aufführung von Beethovens „Fidelio“ leiten, ferner am Mittwoch, 21. ein Sinfoniekonzert. Eventuell findet in der dazwischenliegenden Zeit auch noch ein Dirigiergastspiel von ihm in einer anderen Oper statt. — Zu Vorbereitung befindet sich nach der bereits angekündigten Vereinigung von Cornelius „Barbier von Bagdad“ eine Aufführung, der hier seit 12 Jahren nicht mehr gegebenen großen Oper „Kienzi“ von Mich. Wagner. Zu nächst soll Suppés Operette „Boccaccio“ neu einstudiert gegeben werden; hierauf erfolgt die Aufführung von Braunsfelds komischer Oper „Don Gil von den grünen Hosen“.

Kulturerbe. Herr Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner von Nürnberg der ob der sein hiesige Stellung als oberster musikalischer Leiter antritt, wird am Sonntag, 18. Januar hier eine Aufführung von Beethovens „Fidelio“ leiten, ferner am Mittwoch, 21. ein Sinfoniekonzert. Eventuell findet in der dazwischenliegenden Zeit auch noch ein Dirigiergastspiel von ihm in einer anderen Oper statt. — Zu Vorbereitung befindet sich nach der bereits angekündigten Vereinigung von Cornelius „Barbier von Bagdad“ eine Aufführung, der hier seit 12 Jahren nicht mehr gegebenen großen Oper „Kienzi“ von Mich. Wagner. Zu nächst soll Suppés Operette „Boccaccio“ neu einstudiert gegeben werden; hierauf erfolgt die Aufführung von Braunsfelds komischer Oper „Don Gil von den grünen Hosen“.

Bücherschau

Sämtliche hier verzeichneten Bücher sind durch die Volksbuchhandlung, Adlerstraße 43, Karlsruhe, zu beziehen.

Der Volks-Rund-Kalender, bearbeitet und herausgegeben von Arthur Wolf für das Jahr 1923 ist die verbesserte Fortsetzung des vom gleichen Verleger für das vorhergehende Jahr 1921 herausgegebenen Freizeiter-Kalenders, der so großen Beifall gefunden hat und dessen Auflage in Höhe von 5000 Exemplaren, trotzdem er erst zwei Tage vor dem Weihnachtstag 1922 erschien, innerhalb 14 Tagen begriffen war. Der Volks-Rund-Kalender will die aus dem Volk geborene und im Volk verwurzelte Kunst offenbaren und dem Volk selbst nahebringen und so hervorragenden Anteil nehmen an der Väterung des volkstümlichen Kunstempfindens, will alle lebendigen Triebkräfte kräftiger Volkstümlichkeit in Bild und Dichtung einpflanzen in den Stromkreis, aus dem heraus ein neues, von aller Schmach und von allen Gezielen der Gegenwart gereinigtes freies Volk und Völkertum erwachsen soll. Ein großer Stab von Künstlern und Dichtern hat diese Mission erfüllt. Zu beziehen durch unsere Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstraße 43.

Volkswirtschaft

Arbeitsleistung und Schwäche des Unternehmertums

Essen, 10. Jan. (Eig. Bericht.) Wie man die Deffektivität nicht informieren sollte, zeigt drastisch die Presse der Unternehmung des Ruhrbergbaues. Bekanntlich war es bis zum Herbst vergangenen Jahres ein täglich wiederkehrendes Schlagwort, daß die Kohlenförderung pro Mann und Schicht gegenüber den Jiffen der Vorkriegszeit erheblich zurückbliebe. Mit diesem Schlagwort war auch die Mehrarbeit für die Bergarbeiter begründet worden. Dagegen ist die damals in sehr starkem Maße eingelegte Feiertagsarbeit das Förderergebnis und die Belegschaftsziffer im Ruhrbergbau. Seit Mitte November sind diese beiden regelmäßigen Veröffentlichungen nicht mehr erfolgt. Die Gründe sind nicht schwer zu finden. Der letzte Ausweis für die Woche vom 16. bis 22. November ergibt nämlich eine arbeitsmäßige Gesamtförderung von 372 439 To., während die arbeitsmäßige Förderung im Jahre 1913, das im Zeichen der Hochkonjunktur stand, nur 365 590 To. betrug. Damit ist die Förderleistung im Ruhrbergbau überschritten. Die gegenwärtig noch größere Belegschaftsziffer dürfte sich ausgleichen durch die auch jetzt noch zahlreichen Feiertagsarbeiten und die ständig weiter steigende Förderung, die ja auch vom Jahresverlauf auszugehen wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Bergverband seine wöchentlichen Ausweise wieder aufnimmt, um endlich einmal und hoffentlich für immer, mit dem Märzen dem faulen Arbeiter aufzuräumen.

Eine zweite indirekte Zurechnung der Deffektivität bezieht die Unternehmerpresse, wenn sie, um die Not des Ruhrbergbaues zu beweisen, darauf verweist, daß die Belegschaftsziffern des Kohlenindustrials von den einzelnen Unternehmern nicht voll ausgenutzt werden können, sondern auf 55 Proz. für Kohle und 40 Proz. für Koks herabgesetzt werden müßten. Man vergißt dabei hinsichtlich der Kohle, daß die jetzt geltenden Gesamtleistungsleistungen um ein wesentliches höher sind, als vor dem Kriege. Trotz der nur 55 bzw. 40 Prozentigen Belegschaftsziffer dürfte sich der monatliche Absatz einschließlich des Schieferabbaus, der Deputate sowie der Nebenleistungen, vorzüglich gerechnet, noch immer auf rund 10 Millionen Tonnen belaufen, gegen einen Monatsdurchschnitt von 9 205 000 Tonnen im Jahre 1913.

Also auch in diesem Falle geht es dem Ruhrbergbau heute besser als vor dem Kriege. Die dritte falsche Information stellt die Selbstkostenberechnung dar, über die schon die verschiedensten Auseinandersetzungen stattgefunden haben, da die Berechnungen der Unternehmer von den Geschäftsjahren abgelehnt und ihnen andere gegenübergestellt wurden. Die Bergarbeiterverbände fordern immer dringlicher eine einwandfreie und durchsichtige Statistik. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch das Reichswirtschafts- und das Reichsarbeitsministerium diesem berechtigten Verlangen ihren Beistand gewähren.

Ubrigens trifft das für den Bergbau Gesagte auf die gesamte Schwerindustrie zu. Alle Beobachtungen und Mittelungen einwandfreier Sachverständiger lassen darauf schließen, daß die Intensität und Produktivität der Arbeit weit über den Friedensstandard hinaus gestiegen ist und die ewigen Klagen der Unternehmer über die ungenügenden Leistungen der Arbeiterschaft durchaus unterschätzt sind.

Glänzende Zeiten für die Braunkohlenkönige

Die Kämpfe der mitteldeutschen Bergarbeiter mit der Kohle- und Arbeitsbedingungen haben wiederholt die Deffektivität bestätigt. Auch wir haben uns wiederholt mit der Angelegenheit befaßt und mitgeteilt, daß die Braunkohlenkönige unter geradezu glänzenden Bedingungen produzieren. Den besten Beweis dafür bietet folgende Geschichte: Bei Wiesbaden leben liegt das 1700 Einwohner zählende Dorf Nachterstedt. Vor einiger Zeit wurde festgestellt, daß sich unter dem Dorf ein einigermaßen starkes Kohlenlager befindet, das nur ca. 5 bis 6 Meter unter der Erdoberfläche liegt und zu dem man mit größter Leichtigkeit im Tagebau gelangen kann, wenn — das Dorf Nachterstedt nicht im Wege wäre. Man hat sich nun entschlossen, das Dorf fortzuziehen und die Kohlen weiter südlich wieder aufzugeben. Das ist eine größere Strecke der Grube Konfordia. Das ist zunächst bei einer Anzahl der Grube Konfordia — der Trägerin des Kleinunternehmens — gehöriger Käufer möglich. Die Kohlen werden dann nachhergefahren folgen müssen. An den Abbruch der ersten 40 Häuser geht man schon in nächster Zeit herangehen. Für die Verchiebung des ganzen Ortes ist eine ganze Anzahl von Häusern in Aussicht genommen. An der Straße Nachterstedt-Halberstadt wird also im Laufe der nächsten 20 Jahre ein vollkommen neuer Ort entstehen, da die Verchiebung von ganz Nachterstedt durchgeführt werden muß.

Die das Unternehmen durchführende Gewerbe „Konfordia“ ist dem Stimmekongress angegliedert und gehört zu den größten Braunkohlengruben Deutschlands. Sie hatte schon in den ersten Kriegsjahren die Staatsbahnstrecke Gaterleben-Nachterstedt-Gröze auf ihre Kosten verlegen lassen, da der Grubenbetrieb das erforderlich machte. So arbeitet das Kapital unermüdet und auf lange Sicht. Die Arbeiterschaft kann daran lernen! Wird sie gleich großzügige Kampfmethoden anzuwenden wissen?

Gesundheitspflege

Reform der Tuberkulosebekämpfung

Die Tuberkulose ist sicherlich in Deutschland im Verhältnis zu anderen Kulturstaaten recht ausgedehnt verbreitet. Die Maßnahmen, die man im Kampfe gegen die Tuberkulose traf, sind dadurch erschwert, daß eine einheitliche Gesundheitsverwaltung nicht besteht. Zwar gibt es eine Spitzenorganisation, das Generalkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose. Dieses umfaßt in seinem Vorstande und in seinen Ausschüssen die Vertreter der verschiedenen Gesundheitsbehörden des Reichs, der Länder, der Provinzen und der Gemeinden. Die Anweisungen, die das Generalkomitee erläßt, haben aber keine bindende Kraft, sind nur Richtlinien, Ratsschläge.

In der Nachkriegszeit war die Tuberkulosebekämpfung in Deutschland auch dadurch außerordentlich in Rückstand gekommen, daß die zum Kampfe gegen die Tuberkulose nun einmal unerlässlichen erheblichen Geldmittel nicht zur Verfügung gestellt wurden. Ob dies, ökonomisch betrachtet, richtig war, ob dieses Verhalten der öffentlichen Körperlichkeiten gerechtfertigt war, darüber kann man zum mindesten verschiedene Meinungen sein. Denn man darf nicht vergessen, daß die geringen Mittel, die für das Gesundheitswesen aufgebracht werden, in gar keinem Verhältnis stehen zu der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege. Schon wiederholt ist in der letzten Zeit darauf hingewiesen worden, daß die Ausgaben für den Staat des ganzen vorkrieglichen Gesundheitswesens nur den sechsten Teil von dem Betrage ausmachten, der von Preußen für Krebsbekämpfung und Herberennen alljährlich zur Verfügung gestellt wird.

Dann lag auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung ein schweres Hindernis darin, daß seit vielen Jahren die **Beamtätigkeit** darniederlag und heute noch darniederliegt. Hierdurch wurde die Verbesserung der Wohnverhältnisse, die Klärung tuberkulöser Personen und die von Tuberkulose getriebene Unterbringung gesunder Personen verhindert. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß wir in Deutschland kein **ReichstuberkuLOSE** Gesetz besitzen. Die Tuberkulose wird sehr zu Unrecht gesetzlich nicht wie eine Seuche behandelt, die — wie es tatsächlich der Fall ist — gemeingefährlich ist. Erste Nachteile erwachsen auch aus dem Zustande, daß viele Organe, die Tuberkulosefänger treiben, wie Landesversicherungsanstalten, Krankenkassen usw. die Frage der Heilbehandlung Tuberkulöser nach ihrem Status davon abhängig machen müssen, ob der betreffende Kranke versichert ist oder nicht. Es ist notwendig, zu betonen, daß die von der Tuberkulose ergriffenen Personen, mögen sie dem Kreise der Versicherten angehören oder nicht versichert sein, einzig und allein so behandelt werden müssen, wie dies eben aus Grund ihres körperlichen Befundes und entsprechend der Möglichkeit der Auswertung ärztlicher Heilmittelmaßnahmen erforderlich ist. Die Tuberkulose ist eine Seuche und die Deffektivität hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die notwendigen Geldmittel aufgebracht werden, um alle von ihr Befallenen zu betreuen. Gilt es doch, nicht nur die Einzelkrankung zu heilen, wie man auch betreibt sein muß, etwa ein Magenleiden zu heilen, nein, die besondere Bedeutung des Kampfes gegen die Tuberkulose liegt darin, daß gleichzeitig alle Maßnahmen dazu dienen, die Gesundheit vor tuberkulösen Infektionen zu schützen und die Krankheit so weit wie möglich auszurotten.

Wichtig sind deshalb die Forderungen, die unlängst Dr. Robert Güterbock in einem Vortrage, den er in der Berliner Medizinischen Gesellschaft hielt, aufstellte. Er wünschte, daß die von Deutschen Zentralkomitee ergebenden Anweisungen amtlicher Stellen und Tuberkulose-Krankenhäusern, außerdem die Schaffung gesonderter Kleinwohnungen, die auch für die Familien Tuberkulöser bereitgestellt werden sollen. Im übrigen möchte er mit Bezug auf die Tuberkulosebekämpfung eine Reihe von wesentlichen Vorschlägen für die Neuordnung der Reichsversicherungsordnung und bezieht die Schaffung eines ReichstuberkuLOSEgesetzes als außerordentlich notwendig und dringlich.

Dr. Galen.

Die epidemische Gehirnentzündung

Die epidemische Gehirnentzündung nimmt schon seit Jahren — ursprünglich im Anschluß an die Grippeepidemie — das Interesse der Ärzte in Anspruch. Die neuzeitliche Medizinvermehrung hat nun vor kurzem ein Werk über die Grippe herausgegeben, in dem der **Dr. G. G. G.** dieser Erkrankung unterzucht werden: die erste Form ist durch auffallende Schilddrüsenvergrößerung oder längerer (bis monatelanger) Dauer gekennzeichnet; 20 Prozent Sterblichkeit, allmählich Heilung oder Übergang in die zweite — die chronische Form. Die hier aufstrebenden Erscheinungen ähneln denen der Schilddrüsenentzündung, können aber auch den jugendlichen Kreislauf gleichen. Die dritte Form geht mit Vergrößerung und schweren Allgemeinerkrankungen einher. Hier beträgt die Sterblichkeit 30 und mehr Prozent. Als Heilmittel werden Impfungen mit dem Virusform Genservier in die Muskeln empfohlen.

Kleine badische Chronik

1. Freiburg. Ein Verkehrsunternehmen. Auf dem verkehrsrechtlichen Gebiet ist die Freiburg-Börsel mit einer Neuerung herbeigekommen. Am verkehrsrechtlichen Punkte der Stadt, am Verhörsbrunn, sind in den Lößhöfen **Verkehrsunternehmen** die auf Waage befindlichen Schulpelme mit einem metallenen Signalstab ausgerüstet, der in eine Spitze verläuft, in die nach Eintritt der Dunkelheit ein elektrisches Licht eingeschaltet werden kann. Dieser Signalstab, der den Namen „Wahnfrei“ führt, hat den Zweck, die Lenker von Wagen, Motorwagen und Automobilen darüber zu belehren, ob der von ihnen gewünschte und einzufolgende Richtung kein Hindernis entgegensteht.

2. Offenbach (Am Staufen). Eine riesige Jagd heute. Bei der vor wenigen Tagen stattgefundenen Treibjagd auf dem Jagdgebiet der Gemeinde Offenbach wurden alles in allem ein einziger **Stoß** zur Strecke gebracht. Und aus diesen Reiter Kompanie zur Strecke zu bringen, war ein Aufgebot von **g e h n** (1) Jägern ausgegangen.

3. Weisbaden (Schwarzwald). **Waldschützungen**. In der letzten Sitzung der Straßabteilung des hiesigen Amtsgerichts standen allein fünf Fälle von Waldschützungen. In einem Fall wurde der gegen den Straßbesitzer erhobene Einspruch zurückgewiesen, bei den übrigen vier Angeklagten wurden Geldstrafen von 75 bis 150 Mark ausgesprochen; auch werden die Urteile auf Kosten der Verurteilten veröffentlicht.

4. Unterfränkischschwinler. Am 21. Dezember 1924 wurde der angeklagte ungarische Staatsangehörige **Walbert Bela Kremer**, geboren am 1. März 1880 in Hatvan, festgenommen. Derselbe hat sich im Sommer 1924 in verschiedenen Teilen Deutschlands herumgetrieben und auch in Süddeutschland. Er suchte **Buchdruckerbetriebe** auf, stellte sich ihnen als Gewerbe gerichtet ehemaliger Buchdrucker und Familienvater vor. Seine Frau sei in Amerika, er wolle ihr gern folgen, könne aber das Fahrgehalt nicht aufbringen. Er hat den Besitzer, ihm alles Blei zu verkaufen. Meistens wurde dies abgelehnt, dann hat er sofort um eine Geldunterstützung. Geringste er bei den Buchdruckern seinen Zweck nicht, so machte er sich an seine jüdischen Glaubensgenossen, stellte sich als zu Grunde gerichteter, aber antisemitischer Herrscher beifolgendes Glaubensgenossen und Familienvater vor und bat um **Notunterstützung** nach Amerika. Da angenommen ist, daß der Schwindler auch in Baden aufgetreten ist, wird um sachdienliche Mitteilung an das Landespolizeiamt in Karlsruhe gebeten.

Ein Saunerstreich

1. Sulzburg. Während des Saunaprozesses bezog ein **einmaliger** Gasthaus ein fremder Quartier, der sich als **Kriminalkommissar Kuhn** ausgab. In dem Glauben, einen Kriminalisten vor sich zu haben, wurde der Wirt durch ein Telegramm beauftragt, das an den Kriminalkommissar Kuhn eingetroffen war. Er erzählte dem aufstrebenden Gasthofbesitzer, dessen Hausbesitzer sei in den Saunaprozess verwickelt und müsse sich bereit halten, eventuell dem Gericht in Dammmer vorgeführt zu werden. Zugleich zeigte er eine Karte vor, die der Hausbesitzer an ein Mädchen gerichtet hatte, das nach der Behauptung des Kriminalisten seine Schwester sei. Der Hausbesitzer wurde von dem angeblichen Kriminalisten in ein heimliches Versteck genommen und ihm mit augenscheinlicher Verachtung gebrüllt, wenn er nicht sofort **20 Mark** bezahle. Der Eingekerkerte ließ sich von dem Wirt das Geld, das der einwilligen zufriedener gestellte **Kriminalist** in ein opulentes Abendessen aufstieß. Als er am nächsten Morgen dem betagtesten Hausbesitzer unter neuen

Drohungen mit Verhaftung die Taschentücher abforderte, gab ihm dieser auch die Uhr. Durch diese Szene wurde der Wirt endlich ruhig, er telephonierte an die Gendarmerie, welche sich alsbald den fremden Vogel etwas näher beschaute. Natürlich wurde er als **Schwindler** entlarvt und dem Amtsgefängnis in Staufen zugeführt, wo er seiner Aburteilung entgegensteht. Das Drohgebilde über dem Hausbesitzer durch ein Schriftstück geleistet, das folgendermaßen lautet: „Ich (Name des Hausbesitzer) verpflichte mich nie wieder mit Mädchen ein Verhältnis anzufangen und schwöre, in den nächsten vier Wochen jeden Abend um halb 9 Uhr zu Hause zu sein. Vorgelesen und unterschrieben R. R., Hausbesitzer, Kuhn, Kriminalkommissar.“ Vermutlich hat der Pseudo-Kriminalist das Telegramm vor seinem Entsetzen selbst aufgegeben, um seine Rolle erfolgreicher durchführen zu können.

Markt und Handel

Schweinemarkt in Bruchsal am 14. Januar 1925. Angefaßren wurden: Milchschweine 100, Käufer 36; verkauft wurden: Milchschweine 55, Käufer 26; höchste Preis, Paar Milchschweine 40 Mark, Käufer 70 Mark; häufigster Preis, Paar Milchschweine 35 Mark, Käufer 65 Mark; niedrigster Preis, Paar Milchschweine 30 Mark, Käufer 60 Mark.

2. **Rabische Lederwerke Karlsruhe-Mühlburg**. Die Gesellschaft stellt ihr Kapital im Verhältnis 20 : 3 auf 1,05 Mill. G.M. um. Die Vorgussaktien wurden eingezogen, die eingezahlten Goldmarkbeträge zurückbezahlt.

3. **Mannheimer Schlachtviehmarkt**. Es wurde bezahlt pro 50 Kilo Lebendgewicht: Ochsen 22-52 Mark, Bullen 32-48 Mark, Kühe und Rinder 10-58 Mark, Kälber 45-70 Mark, Schafe 24-40 Mark, Schweine 64-5 Mark, Arbeitspferde pro Stück 800-2200 Mark, Schlachtpferde pro Stück 50-110 Mark.

4. **Auf dem Weinheimer Schweinemarkt** kosteten das Paar Milchschweine 26-50 Mark und das Paar Käufer 60-120 Mark. Auf dem Schweinemarkt in Bretten schwankte der Preis für Milchschweine zwischen 28-45 Mark pro Paar. Der Schweinemarkt in Rastatt infolge des Auftretens von Maul- und Klauenseuche bis auf weiteres aus.

5. **M. Mummelbacher G. m. b. H. in Muggensturm**. Das mit einem Stammkapital von 5000 G.M. gegründete Unternehmen betreibt einen Groß- und Kleinhandel mit Lebens-, Futtermittel- und Düngemittel, Kohlen, Holz und die Herstellung und den Vertrieb von Branntwein, Likören und Weinen jeglicher Art.

6. **Ermäßigung der Zementpreise**. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ hört, wird die rheinisch-westfälische Zentralvertriebsstelle, die ab 1. Januar 1925 die Verkaufstätigkeit des rheinisch-westfälischen Zentralverbandes übernommen hat, aus Anlaß der ab 1. Januar eingetretenen Umkehrermäßigung in ihren Rechnungen an den nach wie vor in Geltung bleibenden augenblicklichen Zementpreisen einen Betrag von 2 Mark pro Tonne vom gleichen Termin kürzen.

Kleine Nachrichten

Berlin. In die Räume des Beamtenwirtschaftsvereins drangen drei mit Handgranaten und Revolvern ausgerüstete **maskierte Männer** ein und swangen dort die mit der Aufzeichnung der Tagesliste beschäftigten Angestellten, drei Männer und eine Frau, **sich an die Wand zu stellen**. Während zwei Räuber die Angestellten bewachten, plünderte der dritte die Tagesliste, die 1000 Mark Bargeld enthielt und füllte drei **Kübel mit Lebensmitteln**. Nachdem die Räuber die Türen geschlossen und mit einer Handgranate gesichert hatten, flüchteten sie. Erst geraume Zeit später hörte ein Wächter die schwachen Rufe, worauf die Angestellten befreit wurden. Die angefallenen Ermittlungen der Kriminalpolizei haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Weihenfels. Die Blätter melden aus Weihenfels, daß dort eine **Taphusbeimie** ausgebrochen sei. Nach dem Bericht des Gesundheitsamtes ist die Ursache der Krankheit auf durch **Taphusbakterien** verunreinigte Milch zurückzuführen. Laut „Wohlf. Zeitung“ sollen insgesamt 49 Personen erkrankt sein, von denen bereits 2 gestorben seien. Der „Berl. Vorkantseiger“ weiß sogar von 5 Todesfällen zu berichten.

Saarbrücken. Bei der Übernahme von Reinigungsarbeiten in dem auf dem Saarbrücker Hauptbahnhof stehenden **Dankank** gerieten zwei Arbeiter in den Bereich hiesiger Gase. Auf ihre Hilfe riefen sie der 18 Jahre alte Sohn eines der Hilfsmittler, der ebenfalls an den Reinigungsarbeiten teilnehmen sollte, in den Tank ein. Alle drei sind an den im Tank herrschenden erstickten Gase **erstickt**.

Briefkasten der Redaktion

Muenheim 100. Jahn wurde 1819 als **Kuhwiegler** gegen die bestehende Ordnung verhaftet, 11 Monate in Untersuchungshaft gehalten und am 18. Jan. 1821 in Breslau zu 2 Jahren Festungshaft verurteilt. Am Wiedererwerbverfahren erfolgte Freisprechung. 1830 mußte er noch 6 Wochen Festungshaft abtun wegen des scharfen Tones, den er in einer Besprechung gegen die Provinzialstände anstimmte. Jahn war sodann in den späteren Jahren — besonders nach 1848 — ein geachteter Mann infolge der beherrschenden Verfolgungen.

St. G. Der Stadtrat hat bei Neubauten hypothekarische Darlehen gewährt und zwar in der Regel bis zu 3000 Mark für eine Wohnung. Richten Sie unter Vorlegung der Baupläne eine Eingabe an das Bezirksamt.

K. Kappelerbach. Sie tun am besten, wenn eine gültige Einigung nicht zu erreichen ist, daß Sie beim Amtsgericht Klage erheben.

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Ernst, alt 1 Jahr 8 Monate, Vater Rudolf Hermann, Dr. Med. Wilhelmine Dittel, alt 67 Jahre, Witwe von Michael Dittel, Schreinermeister. Maria Schaffner, alt 61 Jahre, Witwe von Karl Schaffner, Schneidermeister. Anna, alt 8 Monate 20 Tage, Vater Mann Dorjan, Schuhmachermeister. Christine Barth, alt 67 Jahre, Witwe von Wilhelm Barth, Werksführer.

Herren-Hüte / Mützen
Schirme / Stöcke / Pelze
Krawatten / Hosenträger

Während des **Inventur-Verkaufs** auf sämtl. Artikel **10% Rabatt**

Theodor Zenker
Kaiserstraße 61, gegenüber der Hochschule.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 15. Januar

Geschichtskalender

15. Jan. 1919 Verhaftung und Ermordung R. Liebknechts und Rosa Luxemburgs. 1924 Völkischer Ermordungsplan gegen General v. Seekt aufgedeckt. — 1924 Der ungarische Komponist Béla Bartók in Budapest.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Parteivorstand. Die heutige Vorstandssitzung findet im Gorboderaum des Friedrichshof-Festsaales statt. Beginn 8 Uhr.

Sozialdemokrat. Geistesarbeiter. Nächsten Samstag abends 8 Uhr veranstaltet die Werkgruppe im Gartenhof des Friedrichshof einen Unterhaltungsabend mit Vortrag. Gen. Dr. Kullmann hält einen Vortrag: „Strafrechtsreform und Sozialdemokratie“. Das Programm weist außerdem auf: Lieber und Arten für Tenor (Staatsopernsänger Eugen Kalmbach vom Landesheater), Rezitationen (Hel. Ell. Schneider), Violinwörter (Herrn Hans Kappeler vom Stadt. Karlsruher Landesbühnen), Rezitationen (Hel. Ell. Schneider), Angestellte, Angehörige der freien Berufe usw. sind eingeladen; Gäste sind willkommen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Zusammenkunft der technischen Leiter aller Bezirke im „Salmen“. Da wichtige Angelegenheiten zur Erledigung gelangen, ist das Erscheinen aller Kameraden sowie die als technische Leiter bestimmte, dringend erforderlich. Alle Kameraden, die als Spielleute ausgebildet sind, werden gebeten, am Donnerstag abends 8 Uhr im Lokal zum „Salmen“ bei Kamerad Weisel erscheinen zu wollen.

Eine eigene Reichsgründungsfeier der Vaterländischen

Diese Patriotinnen müssen immer etwas Besonderes haben. Nachdem die badische Regierung in den Tagesblätter bekannt gegeben, daß in der städtischen Festhalle am nächsten Sonntag mittags eine öffentliche Feier anlässlich des Geburtstages der Reichsgründung stattfindet, veranstaltet die Vaterländische Arbeitsgemeinschaft Baden, Ortsgruppe Karlsruhe, am Freitag, 16. d. M., für sich, ebenfalls in der Festhalle, eine eigene Reichsgründungsfeier.

Das ist wirklich starker Tabak! Damit ihnen das geplante Vorhaben auch gelingt, spannen sie die hiesigen militärischen Bezirke vor ihren Agitationswagen und Schwarz-Weiß-Rot ist Trumpf!

Natürlich darf dabei der unvermeidliche Oberstleutnant a. D. Bauer, der Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei und Oberregierungsrat beim Haupterziehungsamt nicht fehlen. Wo irgend etwas auftritt, das sich gegen den heutigen Staat, gegen seine Anordnungen und Kundgebungen richtet, steht der ehemalige Oberstleutnant an der Spitze. Das ist man in Karlsruhe allmählich schon gewöhnt; man bedauert höchstens, daß sich die Republik das alles ohne weiteres gefallen läßt. Wenn also die hiesigen Vaterländischen mit einer besonderen Reichsgründungsfeier hervortreten, so sieht man hier wieder einmal, was von dem Geschick dieser Leute über Volksgemeinschaft, Einigkeit gegenüber dem Ausland usw. zu halten ist. Sie stehen immer ihre Partei, mag es dem Reiche und dem Volke noch so schlimm gehen. Wittern gegen die Nichträumung der Kölner Zone und auf der anderen Seite bei jeder Gelegenheit das Volk parteipolitisch auseinanderreißen — das ist Politik, Ziel und Taktik der Vaterländischen! Armes Vaterland, das solche „Beschützer“ und „Förderer“ hat.

Die Reichsgründungsfeier der badischen Regierung

Am kommenden Sonntag, den 18. Januar, wird die badische Regierung in einer Feier, die morgens 10 1/2 Uhr in der Karlsruher Festhalle stattfindet, in würdiger und eindrucksvoller Weise des Tages gedenken, an dem vor 54 Jahren das Deutsche Reich geschaffen wurde. Die Reichsgründungsfeier soll eine Erinnerung- und Weisheitsfeier für alle Kreise der Bevölkerung werden, sie soll dem Gedanken der Reichstreue und der Reichseinheit gewidmet sein. An dem Leipziger Universitätsprofessor Dr. Walter Goeß wurde eine Personalauswahl als Redner gewonnen, die, wie wenig andere, dazu berufen ist, den Gedanken und Gefühlen, die an diesem Tage das deutsche Volk bewegen, Ausdruck zu verleihen. Herr Dr. Walter Goeß ist nicht nur ein hervorragender Kenner deutscher Geschichte, vor allem der neueren Zeit, er steht auch als Mitglied des Reichstages mit an führender Stelle des politischen Lebens. In anderen badischen Städten ist er bereits als ausgezeichnete Redner bekannt geworden. An der Feier wird auch das Orchester des badischen Landesorchesters unter der Leitung des neuen Generalmusikdirektors Ferdinand Wagner mitwirken. Es wird zur Eröffnung der Feier eine der gewaltigsten musikalischen Schöpfungen der Gegenwart „Tod und Verklärung“, Fonzichtung für großes Orchester von Richard Strauss Op. 24 spielen. Die Feierfeier wird ausklingen in dem gemeinsam gesungenen Deutschlandlied. Der Eintritt in die Festhalle ist frei.

Aus der Stadtratsitzung

vom 8. Januar 1925

Schlacht- und Viehhofgebühren. Die Viehhofgebühren für lebendes Vieh werden mit sofortiger Wirkung ermäßigt und zwar für je ein Stück Großvieh oder Pferd von 1 M auf 50 Pfg. und Kleinvieh oder Schwein von 80 Pfg. auf 20 Pfg. Bei Sammeltransporten von mindestens 5 Stück für das Stück Kleinvieh oder Schwein beträgt die Stückgebühr 10 Pfg. Ferner wird vorübergehend der Zustimmung des Bürgerausschusses die allgemeine Schlachthofgebühr für jedes Fund im Schlachthof geschlachteten Fleisches mit Wirkung vom 1. Februar an von 3 Pfg. auf 2,5 Pfg. herabgesetzt.

Bauschutzfestsetzung. Für das sogen. Seldeneckische Feld zwischen Kirchlicher Hildebrandstraße und Weststraße und das Gebiet Jolleräder — Weiche — Mühlberg sind neue Bauschutzpläne aufgestellt worden. Der Stadtrat beschließt, die Festsetzung der geänderten Bauschutzpläne beim Bezirksamt zu beantragen.

Verbesserung von Verkehrslinien. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von den Plänen, die das Tiefbauamt als Grundlage für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am Marktplatz, bei der Hauptpost und am Mühlberg Tor ausgearbeitet hat. Hiernach soll der Verkehr an diesen Punkten nach neuzeitlichen Gesichtspunkten geordnet und in streng vorgeschriebene Bahnen geleitet werden. Die beabsichtigten Maßnahmen erstrecken sich besonders auf den Ausbau der Fußgänger- und des Straßenbahnbenützerpublikums.

Dienstausscheidung. Dem Finanzobersekretär Hermann Weinberg beim Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt und der Verwaltungsdirektorin Frieda Wolf beim Fürstengem. wurde in Anerkennung ihrer treuen, zielstrebigsten Dienste das Ehren-diplom der Stadtgemeinde verliehen.

Straßenbahnverkehrschmerzen

Ein Arbeiter aus der Südstadt schreibt uns: In der verflochtenen Woche haben wir Südstädler wieder recht bittere Bittern von der Straßenbahn zu schlucken bekommen. An das Umsteigen haben wir uns Arbeiter auf unserer Fahrt nach Mühlberg schon gewöhnt, daß man uns aber bei der Hauptpost beim Umsteigen einen überfüllten Zweier-Wagen nach Mühlberg zuweist, geht denn doch zu weit. Auf diesem Wagen fanden auf der hinteren Plattform 15 Personen und im ganzen Wagen waren gewiß 55 Personen eingepfercht. Am Samstag war jedoch der Zweier-Wagen, der etwa 6 Uhr 48 in der Hauptstraße eintrifft, überhaupt nicht mehr zu sehen und ist demgemäß leer hinausgefahren. Der vorhergehende Zweier-Wagen wird am Albtalbahnhof und bis zur Post berart überfüllt, daß kein Platz mehr vorhanden ist und wir haben es endlich einmal satt, daß wir zu unserem Schaden und Ärger noch dem Spott der Platzhüter ausgesetzt sind. Auch die Wagen der Eimer-Linie sind ebenfalls gut besetzt. Wir Arbeiter erheben aber Anspruch, daß auch wir unabhängig fahren können und es müßte dem Straßenbahnamt ein leichtes sein, in den Betrieben im Rheinstraßengebiet feizustellen, wieviel Personen von der Südstadt morgens nach Mühlberg fahren, um einen zufriedeneren Verkehr herbeizuführen. Morgensfahrten zu viele nach dem Rheinstraßengebiet, das eine direkte Verbindung nach Mühlberg verlangt werden kann. Und zwar müßten die Wagen um 7 1/2 Uhr morgens in der Hauptstraße sein. Für nachmittags wäre die Sache im Interesse der Betriebsamplitude nicht so dringend. Aber die Wagen mit dem Querschnitt E sind das mindeste, was wir morgens verlangen können. Hoffentlich reagiert die Straßenbahnverwaltung auf diese Beschwerden.

Auch die Verbindung von der Südstadtstraße früh morgens scheint im Argen zu liegen, wie uns ebenfalls ein Arbeiter berichtet. Es handelt sich um den Frühwagen, der um 6.25 von der Südstadt abfährt, jedoch als kein Verkehr auf ihm ist. Heute morgens fuhr er z. B. erst 6.35 weg, also mit einer Verspätung von 10 Minuten. Weiterhin ist dieser Wagen jeden Tag überfüllt, jedoch es am Platz wäre, einen Anhängewagen mitzuführen zu lassen.

Auch von Arbeitern aus Müppurr wird über den Gemeinshafteverkehr zwischen Albtalbahnhof gelaugt. So komme es öfters vor, daß die Straßenbahn noch während Leute von der Albtalbahn aussteigen, schon wegfährt, jedoch die gezwungen sind, auf den nächsten Wagen zu warten. Als ein besonderer Mißstand wird bezeichnet, daß ein Einliegerwagen über 6.15 einkehrend, Albtalbahnhof wohl ein Einliegerwagen über die Müppurrerstraße fährt, während die Fahrgäste über die Einliegerstraße schlecht hinwegkommen. Die Ursache liegt darin, daß wenn ein Dreier- oder Zweier-Wagen am Albtalbahnhof hält und der Einliegerwagen direkt einem dieser vorhin genannten Wagen folgt, der Zweier- bezw. Dreier-Wagen davon fährt, ohne daß alle Fahrgäste über die Einliegerstraße einsteigen können. Wie man von Straßenbahnangehörigen hört, dürfen nicht mehrere Straßenbahnwagen hintereinander an einer Haltestelle stehen, sondern der vordere müsse dann wegfahren. Durch diesen Mißstand tritt eine große Verzögerung ein, da je ohnehin die Wagen am Hauptbahnhof größtenteils mehrere Minuten Aufenthalt haben. Es ist überhaupt nicht verständlich, daß währenddem noch Fahrgäste von der Albtalbahn aussteigen, öfters die Straßenbahn einfach wegfährt, ohne die Fahrgäste aufzunehmen, aber die beiden Wagen dann beim Hauptbahnhof einen längeren Aufenthalt haben. Recht schlecht behandelt werden die Arbeiter der Hauptwerkstätte und von der Firma Gaid u. Neu, die abends gegen 5 Uhr durch die Müppurrerstraße fahren. Gewöhnlich fährt ein Fünfer-Wagen mit Anhänger und beide Wagen sind stets recht gut besetzt. Aber am Bahnhof wird der Anhängerwagen abgehängt und die Insassen desselben sind gezwungen, entweder zu laufen vom Bahnhof bis zur Albtalbahn oder aber auf dem Betriebswagen Platz zu nehmen, wodurch auf letzterem eine geradezu skandalöse Zusammenpressung von Passagieren entsteht. Sogar auf den Triebwagen müßte schon geachtet werden. Es ist Pflicht des Straßenbahnamts, hier Abhilfe zu schaffen, denn die betreffenden Arbeiter zahlen nicht nur ihr Päckchen bis zum Hauptbahnhof, sondern bis zum Albtalbahnhof.

Auf einen Mißstand muß aber auch noch hingewiesen werden, nämlich auf den, daß so viele Fahrgäste der Albtalbahn geradezu im Schneckentempo vom Albtalbahnhof zur Straßenbahnhaltestelle sich bewegen. Die Fahrgäste haben nämlich auch die Pflicht, das Umsteigen so rasch wie möglich zu vollziehen, um den Straßenbahnverkehr zu erleichtern. Also fort mit der Trägheit, denn zu einem guten Verkehr haben Bahn und Publikum beizutragen.

Arbeitgeberdemagogie und Wissenschaft in der Arbeitszeitfrage

Ueber dieses für die Arbeiter- und Arbeitgebergesellschaft hochwichtige Thema spricht morgen Freitag abends 7 Uhr im großen Saale des Friedrichshof in einer vom Gewerkschafts-farallel einberufenen Versammlung Genosse Dr. Kraus-Mannheim. Die Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre des A.O.B. sind zu

dieser wichtigen Versammlung eingeladen und werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Einführung von Einheits-Mülleimern in Karlsruhe

Vom Bürgermeisterrat wird uns geschrieben: Aufgrund gemeinsamer Arbeit zwischen Stadt und Polizeidirektion erschien dieser Tage eine ursprüngliche Vorchrift, nach welcher es vom 1. Juli 1925 ab nicht mehr gestattet ist, Hausmüll in jedem beliebigen Gefäß zum Abholen bereitzustellen. Die Mülleimer müssen von diesem Zeitpunkt ab bestimmten Bedingungen entsprechen; sie sollen aus hartem verzinsten Eisenblech hergestellt, von tonischer Form und mit Handgriffen und festem Deckel versehen sein. Der einzelne Eimer darf auch nicht mehr als 40 Liter fassen.

Bei der Beschaffung über die Vorchrift sind Polizei-direktion und Stadtverwaltung von guten Gründen geleitet worden, die auch in der Bürgererschaft volle Anerkennung finden dürften. Das Verlangen nach einem geeigneten, möglichst einheitlichen Mülleimer ist aus der Bürgererschaft selbst gekommen und schon alt. Schon durch die bisherige Fassung der ortspolizeilichen Vorchrift über die Müllabfuhr wurde das gleiche Ziel angestrebt. Sie ist aber der wirtschaftlichen Not der letzten Jahre wegen so milde gehandhabt worden, daß sich schließlich ein geradezu unmaßlicher Zustand auf diesem Gebiete eingestellt hat, der nunmehr dringend der Abhilfe bedarf.

Zum Verständnis der Neuerung braucht man sich nur einmal die heute als Mülleimer verwendeten Gefäße anzusehen: Rosten, deren verfallener Boden gerade in den Augenblick durchdringt, wo sie in den Abfuhrwagen entleert werden sollen, verrostete Blecheimer in den verfallenen Eimern, deren Ränder, und vielfach derart scharfen Rändern, daß sich die Arbeiter des Müllbetriebes die Hände blutig reiben, Körbe, aus denen die Mülleier rieseln, Kapfschachteln, deren Inhalt sich über Gefäß und Hände der entleerenden Arbeiter anfast in den Müllwagen ergießt, und noch viele andere Arten von Behältern, die sich zu allem andern mehr als zur Müllabfuhr eignen. Auch sonst annehmbare Gefäße haben oft keinen geeigneten Deckel, sie werden von Kindern durchstöbert und umgeworfen. Der Anblick einer Straße mit bereitgestellten Mülleimern ist augenblicklich nicht schön, auch nicht nach erfolgter Abfuhr, denn ein Teil des Eimerinhalts ist auf ihre zurückerhaltenen. Wenn ein Teil des Eimerinhalts ist auf ihre zurückerhaltenen. Wenn ein Teil des Eimerinhalts ist auf ihre zurückerhaltenen.

Sehr viele deutsche Städte haben seit Jahren die eingeführten schlechten Zustände nicht mehr, auch unsere Nachbarn sind durch die Sanierung des Wohngebietes der Stadt und auch der rein menschlichen Rücksichtnahme auf die Abfuhrleute vor dem ein rein wirtschaftlicher Gesichtspunkt: Die Stadt hat seit einem Jahre Müllwagen in Betrieb gestellt, die mit geringster Staubentwicklung arbeiten und bei denen die Entleerungsarbeit sehr rasch abgewickelt werden kann. Unausgesehene Müllgefäße halten diese Arbeit auf, zweckmäßige Eimer sparen Zeit und Geld.

Die neue Vorchrift bedeutet als präventiv wirkende Maßnahme folche nach System „Littor“, ein hochwertiges Material, das in den hiesigen Gefäßbetrieben wird. Die Stadt hat mit den einschlägigen Gefäßbetrieben verhandelt und durch anerkennenswertes Entgegenkommen erreicht, daß der Ladenpreis für einen Eimer von 15 Liter Inhalt auf 3,90 M., für einen solchen von 20 Litern auf 4,30 M., von 30 Litern auf 5,50 M. und von 40 Litern auf 6,25 M. herabgesetzt wurde. Zu diesem Preis wird wohl jedermann sich einen Eimer beschaffen können. Die genannten Preise werden von den Gefäßbetreibern allerorts nach bis 1. Mai d. J. gehalten. Es empfiehlt sich, den Einkauf vor diesem Zeitpunkt vorzunehmen, da die Preise zu späterer Zeit unter Umständen wieder höher sein werden. Jeder Eimer hat eine andere Nummer, jedoch Beschriftungen nicht vorhanden. Es ist denkbar, daß auch noch andere geeignete Systeme von Mülleimern zur Verwendung zugelassen werden. Die Zulassung solcher wird das hiesige Tiefbauamt von Fall zu Fall unter genauer Beobachtung durch Veröffentlichung in der Zeitung besannt geben. Borecht ist es aber das einzig empfehlenswerte, daß sich das Publikum am dem Eimer „Littor“ hält.

(-) Der Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten, die christlich radikale, entschiedene sozialistische Oppositionsgruppe innerhalb der evangelischen Kirche, eröffnet die Reihe ihrer regelmäßigen Donnerstag-Vorträge in der Rekolozial-Schule, Erbprinzenstr., an diesem Donnerstag, 15. Jan., abends 8 Uhr, mit einem Vortrag des bekannten Rechtsanwalts Dr. E. Dieck über das Thema: „Die Arbeiterrechtl. des Reiches des XIII. und ihre deutsche Fälligkeit“. Der Vortrag geht über den konfessionell-protestantischen Raum hinaus. Er setzt sich mit der Enchiridion vom 15. Mai 1891 auseinander, in der der lateinische Text eines durchaus vom Geist der sozialistischen Werttheorie getragene arbeiterfreundliche Satzung einnimmt, die in der deutschen Arbeiterzeitung bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet wurde. Innerhalb des großen Problems „Sozialismus und Christentum“ hat diese Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche eine sehr bedeutsame Stellung. Eintritt frei! Jedermann eingeladen!

Bereinsanzeiger Vol. 4 u. mehr Seiten 20 Pfg. die Zeile. Bereinsangezeiger finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Selbstkostenpreis berechnet.

Karlsruhe
Generalkassierstell. Karlsruhe, Freitag, 16. Jan., abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Friedrichshof ein Vortrag des Gen. Dr. Kraus-Mannheim über „Arbeiterdemagogie und Wissenschaft in der Arbeitszeitfrage“ statt. Alle Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre des A.O.B. werden aufgefordert, vollständig zu erscheinen. 701 Der Vorstand.
Verband der Altkar., Strickb., u. verw. Berufe. Samstag, den 17. Jan., abends 6 1/2 Uhr, findet unsere Generalversammlung in der „Alten Halle“, Ede-Walder- u. Inselstr., statt. Montag, 9. Febr., Mitteilungsverammlung. Sekretar des Gauverbandes Koll. Dentschel, Leipzig. 725 Die Verwaltung.
Naturfreunde Karlsruhe-Müppurr. Generalversammlung im Gasthaus zum „Rind“ Müppurr. Vollständiges Erscheinen ist erwünscht. 729 Der Obmann.

Etwas Feines

ist eine Suppe aus Maggi's Gemüse-Würstchen (zu 2 Pfennig für 2 Keller). Diese sind köstlich; deshalb einfachste Zubereitung. Nur noch Wasser erforderlich. 25 Sorten wie Grünkern, Rognon, Pilz, Reis, Erbsen, Tapioca etc., Ciel-Nudeln usw. Kennzeichen: der Name Maggi und die gelbe Packung.



Die Maggi-Weltlich-heit hat ihre Ursprünge der Kontrolle des Direktors des Angewandten Instituts der Kaiserlich-Preuss. Generalrat Professor Dr. Martin Sahn unterstellt.

Der Schneefall. Alle Freunde des Schneeschuhsports werden hiermit nochmals auf den heute abend 8 Uhr im „Friedrichshof“ stattfindenden Lichtbildvortrag der Winterportabteilung der „Naturfreunde“ aufmerksam gemacht. Der Eintritt ist frei.

(Maskenball des „Vorwärts“). Der Arbeitergefangenenverein „Sänger und Chorists“ veranstaltet am Samstag, den 17. ds. Mts., abends 8 Uhr, im großen Saal der Festhalle einen diesjährigen Maskenball. Es soll ein echtes Festgebäude werden, das Jedermann zugänglich ist. Unanständige Masken und Kostüme werden zurückgewiesen. Das „zivile“ Publikum kann in jedem beliebigen Sonntagsgang erscheinen. Mögen sie deshalb alle in die Festhalle kommen, die der Arbeitergefangenen sympathisch gegenüberstehen, um den „Vorwärts“ mit ihrem Besuche zu unterstützen. Die Stadtverwaltung hat neuerdings bewiesen, daß sie für derzeitige Festlichkeiten der Arbeiterpartei sowie für ein Verhältnis hat, indem sie die Miete, die Einlagegebühr und Steuer ins Unerträgliche steigerte, vielleicht mit dem besten Ziele, die Festhalle nur noch der besitzenden Klasse zugänglich zu machen. Darum rufen wir an alle Freunde der Arbeitergefangenen die dringende Bitte, sich recht zahlreich am Samstag abend in der Festhalle einzufinden und einige gemütliche Stunden mit den „Vorwärtslern“ zu verleben. Die beliebte „Harmonie-Kapelle“ unter Rudolphs persönlicher Leitung wird von 8 Uhr ab zum Tange aufspielen, während von 10 Uhr ab im Bierstübchen die „Harmonie-Schrammellkapelle“ ihre unwiderrlichen Schläger spielen läßt. Der niedrige Eintrittspreis von 2 M für Nichtmitglieder im Vorverkauf, dürfte wohl dazu anregen sein, eine große Zahl von Besuchern anzulocken. Es wird schon beim „Vorwärts“.

Veranstaltungen

Casino. Heute abend 8 Uhr Varietes-Vorstellung. **Tanzabend** Martha Krüger und Ute Gerke. Heute Donnerstag, den 15. Januar, findet abends 8 Uhr im Konzerthaus der wiederholt angeforderte Tanzabend der beiden Meisterkünstlerinnen des Herrn Balletmeisters Richard Maggi statt unter Mitwirkung des Pianisten Nikolai Lopatinoff. Karten im Vorverkauf bei Kurt Neufeld, Wallstraße 30, eine Treppe, sowie ab 7 1/2 Uhr an der Konzertkasse.

Carlsruher Polizeibericht vom 15. Januar

Anfall. Durch unvorsichtiges Auffpringen auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen kam gestern ein Lehrling des Schlossers, in der Rheinstraße zu Fall und wurde einige Meter geschleift. Verletzungen trug er nicht davon. **Wassermangel.** Gestern nachmittags wurde die Wasser- und Sammelrinne ein Personenkraftwagen, der vor einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen die Schienen kreuzen wollte, von dem letzteren erfasst und beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Schießen auf einen fahrenden Zug. In vergangener Nacht 11 Uhr wurde auf den Schnellzug Basel-Carlsruhe zwischen Eßlingen und Karlsruhe während der Fahrt bei der Haltestelle „Zinnenhof“ ein scharfer Schuß abgegeben. Das Geschöß durchdrang die rechte obere Ecke eines Fensters des Speisewagens, ohne jedoch jemand zu verletzen.

Trunkenheit. Eine 80 Jahre alte Blumenverkäuferin von hier wurde gestern abend von einer Polizeipatrouille in der Reiterheimer-Allee in sinnlos betrunkenem Zustand aufgelesen. Deswegen wurde gestern abend eine 73 Jahre alte Frau in der Fernbachstraße aufgegriffen, wo sie sich in der Trunkenheit hingehängt hatte. Beide Frauenpersonen wurden auf Polizeiwachen bis zur erlangten Minderjährigkeit verwahrt.

Valuta
nach dem Berliner Mitteltkurs vom 14. 1. 1925. In Ausschüttung: Belgien 20.97 M per 100 belg. Bel. Holland 169.55 M per 100 holl. Spanien 59.15 M per 100 Pes. Schweiz 80.92 M per 100 schw. Fr. Italien 17.42 M per 100 Lire. England 19.965 M per 1 Pf. Sterl. Schweden 113.05 M per 100 Kr. Frankreich 22.59 M per 100 franz. Fr. Oesterreich 5.919 M per 100 000 Kronen. Rußland 4.20 M per 1 Dollar. Slowakei 12.61 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Für Freitag: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Streiflichter

Es ist selbstverständlich, daß das deutsche Volk angeht, je mehr unzulänglichen Geldpolitik während des Jahres 1924 und der eventuellen Folgen, die aus einer leichtsinnigen Kreditgewährung und unverantwortlichen Verwendung öffentlicher Gelder daraus für die Rentenmark entstehen konnten, groß und Opfer fordert. Das erste Opfer ist gefallen: Der frühere Reichspräsident und Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat sich im Zusammenhang mit den Geldverfälschungen von der Führung der Geschäfte entbinden lassen. Für die Republik können derartige Ereignisse kein Standpat sein, wenn sie die Gelegenheit beim Schopf ergreift, um mit einem System, man mag es Dabentiererei oder Stimmzettelismus nennen, gründlich zu brechen. Es kommt hier auf die Geldpolitik und weniger auf die kriminelle und persönliche Seite der ganzen Angelegenheit an. Deshalb soll man nicht in elegantem Bogen, vielleicht mittels parlamentarischer Untersuchungskommissionen, an dem Schwerpunkt vorbeiziehen. Wir haben schon einmal einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Wechselsangelegenheiten erlebt, der wie ein Wollfängerwerk ausging, trotzdem heute wohl kaum noch ein Mensch in Deutschland die Verfassungskommission der Firma Stinnes an dem Zusammenbruch der Markungsaktion im Frühjahr 1923 für unschuldig hält als sie wirklich ist!

Im Frühjahrsheft 1924 veröffentlichten wir einen Beiratsartikel, der sich mit der deutschen Geldpolitik beschäftigte und unerbittlich auf jene Untermittelungsarbeiten hinwies, die heute durch die Namen Michael, Kautler usw. gekennzeichnet werden. Auch sonst wurden hier und da Stimmen laut, die auf die Gefahren eines derart merkwürdigen Kredits weniger für die Rentenmark als für die ganze Wirtschaftsbereicherung hinwiesen. Die Welterierung kann heute wohl kaum sagen, daß es an warnenden Fingerzeigen in der Wirtschaftspraxis damals gefehlt habe. Die Erklärung des zurückgetretenen preussischen volksparteilichen Finanzministers von Richter und des früheren Seehandlungspräsidenten von Dombais, sie wären von dem Kreditstand überführt worden, erscheint deshalb ein wenig mysteriös. Oder sollen sie auch nicht die Hinweise des Reichspräsidenten zu Gesicht bekommen haben, die selbst den fernstehenden vermuten lassen, daß Schacht von einer ganz bestimmten Gefährdung seiner Politik wachte? Vielleicht kann man den Rahmen hier viel weiter spannen, was erst ein gründliches Eingehen auf die Dinge selbst erweisen dürfte: Hat zu jener Zeit nicht ein regelrechtes Resselstreben gegen die Schachtschen Restriktionen bestanden? Sind an jenem Resselstreben nicht Personen beteiligt, die mit den Krediten viel mehr Verdienste haben als z. B. der zurückgetretene Reichspräsident Dr. Brüning? Wir erinnern daran, daß großkapitalistische Blätter vom Schlager der „Deutschen Vorzeitung“ von Anfang an einen wachstümlich wühlenden Fuß gegen Schacht und seine Restriktionspolitik geführt haben, und machen darauf

aufmerksam, daß beispielsweise die „Deutsche Vorzeitung“ während jener kritischen Tage in jedem ihrer täglichen Kurierartikel die Verwendung von staatlichen Sparsummen und Guthaben für die Privatwirtschaft gefordert hat. Wir erinnern weiter daran, daß dieselbe Vorzeitung einen heftigen Kampf um die Staatsguthaben bei der Reichsbank geführt hat und dieselben für die Zwecke der privaten Wirtschaft forderte. Das Schacht um jene Zeit zum Teil abgelehnt hat, hat Höfle anscheinend leider nicht verhindert. Das ist seine Schuld. Zu dem Wille paßt aber, daß die Vorzeitung denselben Höfle heute mit Schmutz und Dreck bewirft. Das deutsche Volk darf sich nicht mit dem Abgang Höfles begnügen. Es müssen auch die Pintermänner, die Drahtzieher im Stimmzettelismus, ans Tageslicht gezogen werden. Weiter heißt es für die Zukunft zu sorgen. Dinge, wie die Geldpolitik, dürfen unter keinen Umständen mehr hinter dem Rücken des Parlaments und des ganzen Volkes im Hinterzimmer erledigt werden. Wir müssen darauf dringen, daß in der Republik gerade die wichtigste Wirtschaftspolitik aus dem Geheimzettel einer Kommunikation zwischen Geheimrat und Großunternehmer befreit wird.

In jedem Drama gibt es irgend ein komisches Intermezzo. In dem Seehandlungsstandal hat ohne Zweifel das Geschehen dieser Rolle übernommen. Es handelt sich um ein alles leeres Plaisierstück, das von Hand zu Hand ging. Jeder hat aus ihm herausgeholt, was er mit Verdienst weiter verkaufen und nachher bedauert, daß er dies schöne Spekulationsobjekt noch zu früh weitergegeben hatte. Zuletzt kam es gewissermaßen wieder an den Staat zurück, und zwar zu einem Preis, der viel höher ist als der, den jenseitige Staat ursprünglich von den Heeresgerimpel-Spekulanten empfangen hatte. Nach einer Version soll die Seehandlung das Lager mit 4 1/2 Millionen heringekommen haben. Nach einer anderen Version sollen ihr 50 Prozent des Verkehrsprises als Verdienst von Antisler zugesprochen worden sein und nach einem dritten Gericht sollte sie als Verdienst die Summe einheimen, die beim Verkauf über 4 1/2 Millionen lag. Später, als dann auch bei der Seehandlung Zweifel in den Wert des Lagers gesetzt wurden, ließ sie durch drei Reichswehroffiziere das Lager abtaxieren. Diese verfolgten bei ihrer Schätzung, so wird gesagt, die Methode, den Inhalt des Lagers zu einem Drittel des Friedenswertes einzuschätzen und kamen zu der Summe von 3 Millionen Mark. Jetzt wird bekannt, daß das Lager überhaupt so ziemlich unerschöpflich ist und höchstens noch einen Altmaterialwert von 500 000 bis 600 000 M darstellt. Es wäre doch interessant, die taxierenden Reichswehroffiziere näher kennen zu lernen!

Letzte Nachrichten

Beamtenkundgebung an den Reichspräsidenten

Berlin, 14. Jan. Der hier tagende Kongreß des allgemeinen deutschen Beamtenbundes richtete an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm: Die in Berlin zu ihrem ersten Bundeskongreß versammelten Vertreter des allgemeinen deutschen Beamtenbundes, erbitlen Ihnen, Herr Reichspräsident, ihre besten Grüße. Wir erklären, Republik und Verfassung mit allen Mitteln schützen zu wollen. Wir werden alles tun, um die gesamte Beamtenchaft mit republikanischem Geiste zu erfüllen. Unser Vertrauen zu Ihnen, Herr Reichspräsident, wird auch durch die unerhörten Verschuldigungen, denen Sie in letzter Zeit ausgesetzt waren, nicht erschüttert. Mit den breiten Schichten des deutschen Volkes gehen auch wir den Wunsch, daß Sie, verehrt Herr Reichspräsident, zum Wohle der Gesamtheit wie bisher weiterwirken mögen. Die Kongreßleitung.

Reisende, Händler und Kaufleute
zum Verkauf der Broschüren „Wassermangel“, „Denkmal“, „Gartenbau“ usw.
Bausch, Buchhandlung
Luisenstraße 63, Laden.
Sollte die höchst. Preise am Freitag, 15. d. Mts., ausgegangen.
Frauenhaare.
Dietz-Decker Haarhandl.

Pfannkuch Käse
Müßiger Schweizer
vollständig
Pfd. 1.70
1/4 Pfd. 45 Pfg.
Edamer
30 Prozentig
Pfd. 1.35
1/4 Pfd. 35 Pfg.
Echter Emmentaler
ohne Rinde
in Schachteln
Pfd. 65 Pfg.
Pfannkuch

Geschäfts-Eröffnung!
Mache dem verehr. Publikum die Mitteilung, daß ich
Schützenstraße 15
am 16. Januar ds. Js. eine Filiale meiner
Metzgerei und Wurstlerei
eröffne.
Bei streng reeller Bedienung die bekannten billigen Preise.
S. Kilsheimer
Bogenfeldstraße 1 — Telephon 669
Filialen:
Hamboldtstr. 33 — Schützenstr. 15.

Züchtige selbständige
Dolmetscher
für bessere Arbeiten, sowie ein erster 84
Dekorateur
gesucht.
Gebrüder Feis, Möbelfabrik, Mannheim.

Schul-Artikel
Briefpapiere
Schreibwaren
Ansichtskarten
empfehlen
Volksbuchhandlung
Wlberstr. 43. Tel. 3701.

Rastatter Anzeigen.
Ortsauschuß Rastatt des A. D. G. V.
(Gewerkschaftskartell).
Am Samstag, 17. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, findet im „Kater“ eine
gemeinsame Versammlung
der Kartellbelegierten Betriebsräte, Verbandsverbände, Obkreise und Vertrauensleute, sowie die der städtischen Richtung angehörenden, statt. Es wird demerkt, daß nur auf diesem Wege eingeladen wird. Für weitestgehende Verbreitung dieser Einladung werden deshalb die Kollegen dringend gebeten.
Tagesordnung:
1. Wichtige Mitteilungen. 2. Ortsauschüsse. 3. Zeitfragen.
Der Ausschuß.

In der Anzeige **Koch-Margarine** der Firma **Wauson & Co.** in der geschäftlichen Angelegenheit ein Fehler enthalten. Es muß anstatt **„Aufschmelz“** richtig heißen
Rußbutter
Pfd. 80 Pfg.

Arbeiter
kaufen ihre 534
bl. Arbeitskleider, Hosen, Windjaden, Anzüge, Mäntel, Gummi-Mäntel, Regenmäntel, Gamaschen u. d. m.
sehr preiswert bei
Maier, Mendelssohnplatz.

Durlacher Anzeigen.
Sperrung der Brückenwage.
Die Brückenwage in der Pfaffenstraße ist wegen Reparatur auf einige Tage nicht benutzbar.
Durlach, den 14. Januar 1925. 288
Der Oberbürgermeister.

Altpapier * Alteisen
Rumpen, Kupfer, Messing, Zinn, Blei sowie sämtliche Rohprodukte samt laufend zu äußerster Tagespreisen
H. Blech Schloßstraße 408
händler erhalten Vorzugspreise 77

Ettlinger Anzeigen.
Die Schanzenbetämpfung wird von der Stadt in den Kellern, Schuppen, Gruben und öffentlichen Räumen durch Abflammen der Wände, Fenster und Rischen gegenwärtig vorgenommen.
266

TEEKANNE
"der Gehaltvolle"
DESHALB DER BILLIGSTE u. ZUGLEICH DER FEINSTE TEE IM VERBRAUCH



Die Wohnungsinhaber wollen den Beauftragten der Städtischen Werke durch Aufschließen der Keller und sonstigen Räume den Zutritt ermöglichen.
Ettlingen, den 12. Januar 1925.
Der Bürgermeister.

Schlagraum-, Stangen- und Brennholz-Verfeigerung.
Die Stadtgemeinde Ettlingen verleiht am Montag, den 19. d. Mts., mittags 2 Uhr, in der Festhalle Schlagraum aus Bezirk 1 16 Jägermies 2 208, 9 Sint. Käthen 2 208, V 11 Sub 36 Pos., anschließend aus Bezirk V 11 100 Schlagstangen, 35 Hopfenstangen 3. St., 124 Hopfenstangen 4. St., 1400 Reifsteden und 900 Bohlenstangen.
Am Dienstag, den 20. d. Mts., mittags 2 Uhr, Festhalle Brennholz aus Bezirk V 11 Sub: 1200 Sten in der Forst, 23 Sten Buchen, 14 Sten Eichen, 100 Sten Gemischtes, 13 Sten torf. Reisträger, 1 Sten eigenes Nugholz und 1 Sten forstene Rollen.
Die Forstwärter Klein, Bittorf, Laninger und Weill II, Keller und Hölshüter Schott V zeigen die Lote auf Verlangen vor.
Der Bürgermeister.

Züchtiger Stein drucker
bemerkt im Stiefelenddruck, Anordnungsarbeiten und Einkäufungen, zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen mit Zeugnis unter Nr. 9 an das Volksfreundblatt.

Pfannkuch Käse
Limburger
Pfd. 82 Pfg.
1/4 Pfd. 22 Pfg.
Romadour
20-30 Prozentig
Pfd. 95 Pfg.
1/4 Pfd. 25 Pfg.
Münster und Italiener Rahmkäse
vollstet
Pfd. 1.70
1/4 Pfd. 45 Pfg.
Pfannkuch

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung!

Einem verehrten Publikum von Karlsruhe zur gef. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage ein

Eier-, Butter- u. Käse-Geschäft

eröffnet habe. Durch gute Beziehungen bin ich in der Lage, gute Ware zu billigsten Tagespreisen zu liefern.

Weichseitig offerierte:		
Frische Eier	Stück	12 Pfg.
10	"	115 "
Frische Sied-Eier	"	15 "
10	"	145 "
Reinschmelzende Sied-Eier	"	18 "
10	"	175 "
Holländ. Süßrahm-Tafel-Butter 1/2 Pfd.		60 "

sowie Rapschmalz, Cocosfett, Corned-Beef, Feigwaren, Delfardinen, diverse Sorten Käse etc. billig

Im geneigten Aufbruch bitte
Inh.: S. Manhardt
Durlacherallee 32.

Palast-Sichtspiele

Herrnstr. 11 Telef. 2502

Unwiderruflich nur bis morgen Freitag!

„Garragan“

Nach dem bekannten Roman der „Berliner Illustrierten Zeitung“ von Ludwig Wolff.

In 30 Minuten Ihr Paßbild nur im Photogr. Atelier Herrstr. 50, Eing. Adlerstr.

„Zum Goldenen Faß“, Weinhandlung, Morgen sowie jeden Freitag Schlachttag. Anerkannt gute Weine von 25 Pfg. an. W. Genter.

Manchester 3.20
per Meter 4.50 4.— 3.80

Bettuchbiber 2.50
weiss, 160 cm breit, schwere, kräftige Qualität, p. Mtr. Mk. 3.—

Bettücher 3.80
weiss, für grosse Betten passend, per Stück Mk.

Arthur Baer, Kaiserstr. 133

Eingang Kreuzstr., gegenüber der kleinen Kirche
Verkaufslokal nur eine Treppe hoch.

„Zum Galmen“

Am Ludwigsplatz Telefon 2019.
Gut bürgerliches Speiserostraurant.
Warme Speisen zu jeder Tageszeit.
Prima hausgemachte Würstwaren.
Freitag:

Schlachttag

Reichhaltige Schlachtplatten in bel. Göße.
Samstag abend 6 Uhr: Kuchle.
Frei: Beifel, Metzger und Birt.

Carl Finkelstein
Holz- und Kohlenhandlung

Hiefert alle Sorten Kohlen, Zentralheizungskoks u. Holz
Rüppurrerstr. 8
Telefon 2394

Den Vollzug des Gebäudeversicherungs-

gesetzes betr.
Nach Art. 4 Ziffer 1 Abs. 4 des Gesetzes über die Abänderung des Gebäudeversicherungs-gesetzes vom 4. August 1920 in der Fassung des Gesetzes vom 18. Juli 1923 hat die Wiederherstellung der beschädigten Gebäude unversichtlich zu erfolgen. Wird sie schuldhaft verzögert oder nicht binnen einer Frist von einem und einem halben Jahre beendet, so kann die Gebäudeversicherungsanstalt die Entschädigung insoweit kürzen, als infolge der Verzögerung ein höherer Zufall aus der Brandentschädigung gewährt werden müßte. Von dieser Vorschrift werden am 15. Februar 1925 alle Gebäude betroffen, die vor August 1923 durch Brand beschädigt oder zerstört wurden und bis 15. Februar 1925 nicht wieder hergestellt sind, da an diesem Tage die Wiederherstellung von einem und einem halben Jahre abgelaufen ist.

Den hier in Betracht kommenden Gebäude-eigentümern gebe ich von vorliegender Vorschrift hiermit Kenntnis.
Karlsruhe, den 7. Januar 1925.
Der Oberbaurmeister.

Ueber das Vermögen des Eugen G. Maier, Zigarrengeschäft in Karlsruhe, Amalienstr. 37 wurde am 13. Januar 1925, nachmittags 4 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinlichhaber wegen Zahlungsunfähigkeit das Verfahren beantragt hat. Der Kaufmann Carl Nagel in Karlsruhe, Adamiestr. 43, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 5. Februar 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Festsetzung eines Gläubigerauswahles und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 13. Februar 1925, vormittags 11 Uhr, Adamiestr. 8, 2. Stock, Zimmer 150. Allen Personen melde eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinlichhaber zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für

welche sie aus der Sache abgefordert werden, die in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 5. Februar 1925 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, 13. Januar 1925.
Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts A. 4.

Müllabfuhr in der Stadt Karlsruhe betr.
Mit Zustimmung des Stadtrats Karlsruhe erhalten die §§ 2 u. 6 der ortspolizeilichen Vorschrift obigen Betreffs vom 28. Dezember 1921 mit sofortiger Wirkung folgende mit Genehmigung des hiesigen Landeskommissars hier vom 8. Januar 1925 für vollziehbar erklärte Fassung:

§ 2.
Das von der Stadt abzuführende Hausmüll einschließlich Küchenabfällen und Feuerungs-rückständen ist durch die Vorstände der Haus-haltungen, Betriebe oder Anstalten an den von dem hiesigen Tiefbauamt bekanntgegebenen Abholtagen zu bestimmten Abholzeiten in Behältern gelammelt bereitzustellen. Diese Behälter dürfen nicht über den Rand gefüllt werden und sind möglichst rein zu halten. Ihre Aufstellung hat, soweit durch das städt. Tiefbauamt nichts anderes bestimmt wird, unmittelbar hinter dem nach der Straße führenden Haus-, Garten- oder Hofeingang zu erfolgen. Der Zugang zu den bereitgestellten Behältern muß dem Abfuhrpersonal offen gehalten werden. Die Aufstellung der Müllgefäße an einer anderen weiter abliegenden Stelle des Grundstückes kann vom städt. Tiefbauamt auf Antrag gegen Sondervergütung gestattet werden.
Die zur Bereitstellung des Mülls dienenden Behälter müssen nach dem System „Bittor“ oder nach anderen von dem städt. Tiefbauamt durch öffentliche Bekanntmachung bezeichneten Systemen hergestellt sein und einen Inhalt von 15-40 Liter haben. Gefäße, welche dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden nicht entleert. Für die Verwendung der vorgeschriebenen Mülleimer sind die Haushaltungen, Betriebe und Anstalten verantwortlich.
Bis zum 1. Juli 1925 dürfen auch andere geeignete Blechgefäße gebraucht werden.
§ 6.
Zwiderhandlungen gegen die Vorschriften werden mit Geld bis zu 60 Goldmark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 10. Januar 1925.
Badisches Bezirksamt. — Vollzugsdirektion B.

„Krokodil“

Jeden Donnerstag

Schlachtfest

Münchener Löwenbräu, hell und dunkel direkt vom Faß.
J. Mlöth.

KAFFEE BAUER

DAS HAUS KÜNSTLERISCHER MUSIK
VOLKSWIRTSCHAFTLICHE FRANZ DOLEZEL

Korpulenz macht alt!

Fettleibigkeit wird durch die „Hegro“ Reduktionspillen beseitigt. Preisgekrönt mit goldenen Medaillen und Ehrenpiloten, kein starker Leib, keine starken Hüften, sondern jugendl. schlanke, elegante Figur. Kein Heilmittel, kein Geschädlich. Garantiert unschädlich. Aerztlich empfohlen. Keine Diät. Viele Dank-schreiben. Preis 4 Mark.

Hof-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 201

Badisches Landestheater.
Donnerstag, 15. Januar, 7 1/2-10 Uhr. (4.50),
B 15; Th-G. 801-1000 2301-2500, 2701-3000
Kolportage.

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr abends 514
Varieté-Vorstellung.



Diamant-Fahrräder

u. Presto-Fahrräder. — Ersatzteile, vernickeln u. emaillieren zu mäßigen Preisen mit Zahlungs-erleichterung 588
Kaver Hottner-Mühlburg, Hardtstr. 27, Tel. 1888.

Noch 3 Tage Inventur-Verkauf

Auf meine ohnehin schon weit herabgesetzten Preise

10% Extra-Rabatt

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstraße 36 :-: 1 Treppe

Billige Schuhbesohlung!

Herrn-Leder-Sohlen u. Fleck Mk. 4.—
Damen-Leder-Sohlen u. Fleck Mk. 3.50
Gummisohlen u. Absatz für Herren und 2.—
Damen, ge omt, gepesst u. genacelt 2.—
Gute Qualität. Beste Ausführung.
Sämtl. Schuhwaren und Schuhbedarfs-artikel in großer Auswahl zu bill. Preisen.
N. Eisner, Kaiserstr. 23
beim „Weißen Löwen“. 5940

Inventur-Verkauf!

1 Posten
„Osram“-Birnen 110 Volt

Stück —.90 10 Stück 8.50

Pumpen, Laternen, Sättel, Satteldecken, Gamaschen, Taschenlampen usw.

zu herabgesetzten Preisen 502

Beachten Sie unsere Auslage

Nordische Stahlgesellschaft m.B.H.

Karlsruhe (Baden), Kaiserstr. 81.

Der Fritz-Schuh
Saratant für gute Qualität

Erstklassiges Berufs-Schuhwerk
in bester Qualität und Fassform
für jeden Beruf geeignet
Bekannte Preiswürdigkeit

Carl Fritz & Cie
Chr. Bock's Nachf., Kaiserstr. 52
Mannheim Stuttgart Heilbronn

Pfannkuch

Kron-Sardinen

Tönnchen ca. 6 Pfd. Inhalt

1.95

Offen 726

36 Pfg.

Zofange Vorrat.

Pfannkuch

Konkurs-Ausverkauf!

Anzugstoffe	140 cm breit	Mk. 1.65
Kammgarne	in vielen Farb.	Mk. 11.00
Covercoat	140 cm breit	Mk. 2.75
Hemden-Seide	in vielen Must.	Mk. 4.40
la Ulsterstoffe	mit angewebt.	Mk. 7.70
Schneiderleinen		Mk. 1.10
Aermel-Futter		Mk. 1.10
Taschen-Futter		Mk. 1.10

Herrentuchhaus

J. Chimowitz 712
Herrenstraße Nr. 20.
Der Konkursverwalter.